<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>22.12.93</td>
<td>Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (UPRKKG).</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 330-40</td>
</tr>
<tr>
<td>22.12.93</td>
<td>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 37-33</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 41-15</td>
</tr>
<tr>
<td>22.12.93</td>
<td>Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 12-11</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 60-24</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 320-314, ändert GVBl. II 320-8, 320-20 und 22-5</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 323-111, ändert GVBl. II 323-51 und 323-30</td>
</tr>
<tr>
<td>15.12.93</td>
<td>Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 70-127</td>
</tr>
<tr>
<td>9.12.93</td>
<td>Verordnung über die Bildung des Fachbereichs Pflege und Gesundheit an der Fachhochschule Frankfurt am Main.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 70-176</td>
</tr>
<tr>
<td>18.10.93</td>
<td>Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 882-36</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 749</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II Anhang Staatsverträge</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen
(UPRKKG) *)

Vom 22. Dezember 1993

§ 1
Zuständige Behörde
Die überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften wird dem Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes übertragen. Seine Rechtsstellung und seine Vertretung richten sich nach § 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 des Gesetzes über den Rechnungshof.

§ 2
Personal
Die dem Präsidenten zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach § 1 besonders zugeordneten Beamten, Angestellten und Arbeiter sind Bedienstete des Rechnungshofes. Er kann weitere Bedienstete des Rechnungshofes heranziehen, wenn dies erforderlich ist.

§ 3
Inhalt der Prüfungen
(1) Die überörtliche Prüfung hat festzustellen, ob die Verwaltung rechtmäßig und auf vergleichenden Grundlagen sechzehn gerecht und wirtschaftlich geführt wird. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob
1. die Grundsätze der Einnahmeschaffung (§ 93 HGO) beachtet werden,
2. die personelle Organisation zweckmäßig und die Bewertung der Stellen angemessen ist,
3. bei Investitionen die Grenzen der Leistungsfähigkeit eingehalten, der voraussichtliche Bedarf berücksichtigt sowie die Planung und Ausführung sparsam und wirtschaftlich durchgeführt werden,
4. Einrichtungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und in Erfüllung ihrer öffentlichen Zweckbestimmung betrieben werden,
5. Kredite und Geldanlagen regelmäßig sich ändernden Marktbedingungen angepasst werden,
6. der Umfang freiwilliger Leistungen der Leistungsfähigkeit entspricht und nicht auf Dauer zur Beeinträchtigung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen führt,
7. Aufgaben nicht kostengünstiger in Betrieben anderer Rechtsform erbracht oder durch Dritte erfüllt werden können,
8. die allgemeine Finanzkraft und der Stand der Schulden Anlass für Empfehlungen zur Änderung der künftigen Haushaltswirtschaft geben.

§ 4
Gegenstand
(1) Überörtlich geprüft werden
1. die kreisfreien Städte,
2. die kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
3. die Landkreise,
4. der Landeswohlfahrtsverband Hessen,
5. der Umlandverband Frankfurt,
6. die Kommunalen Gebietsrechenzentren,
7. Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände, wenn das Volumen im Verwaltungshaushalt im Durchschnitt der letzten drei Jahre den Betrag von 500 000 Deutscher Mark übersteigt; die anderen Zweckverbände und ihre Zusammenschlüsse können in die überörtliche Prüfung ihrer Verbandsmitglieder einbezogen werden,
8. Versorgungskassen für Beamte kommunaler Körperschaften und

(2) Prüfungsaufgaben des Hessischen Rechnungshofes nach anderen gesetzlichen Bestimmungen bleiben unberührt. Prüfungen nach § 91 Landeshauptmannordnung (LHO) können mit der Prüfung nach Abs. 1 verbunden werden.

§ 5
Prüfungsverfahren, Auskunftspflicht
(1) Jede der in § 4 Abs. 1 Nr. 1, 3, 4 und 5 aufgeführten kommunalen Körperschaften soll in einem Zeitraum von fünf Jahren mindestens einmal überörtlich geprüft werden. Zeit, Art und Umfang der Prüfung bestimmt der Präsident in eigener Verantwortung. Er kann die Prüfung
beschränken und Schwerpunkte bilden; dabei sind Erkenntnisse aus den Berichten nach § 6 Abs. 3 zu berücksichtigen. Mit der Wahrnehmung der Prüfungen hat er öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder andere geeignete Dritte zu beauftragen.

(2) Die zu prüfende Stelle hat dem Präsidenten und den beauftragten Prüfern innerhalb einer zu bestimmenden Frist alle erbetenen Auskünfte zu geben, Einsichten in Bücher und Belege, Akten und Schriftstücke zu gewähren, sie auf Verlangen zu übersenden sowie Erhebungen an Ort und Stelle zu dulden. Im übrigen hat sie den Präsidenten und die beauftragten Prüfer bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(3) Läßt eine der im § 4 aufgeführten kommunalen Körperschaften Verwaltungsauflagen mit Unterstützung der automatischen Datenverarbeitung oder in anderer Weise durch Dritte wahrnehmen, können die beauftragten Prüfer dort die erforderlichen Erhebungen anstellen; Abs. 2 gilt entsprechend. Beruht das Rechtsverhältnis auf Vereinbarung, ist dieses Recht in die Vereinbarung aufzunehmen.

(4) Abs. 3 gilt entsprechend, wenn die kommunale Körperschaft sonstigen Stellen Zuwendung gewährt oder von diesen kommunale Mittel oder kommunale Vermögensgegenstände verwalten läßt.


§ 6 Prüfungsergebnis


(2) Die Aufsichtsbehörden entscheiden bei Verstößen, die sich nach den Prüfungseinstellungen ergeben, im Rahmen ihrer Befugnisse nach den für die Kommunalaufsicht geltenden Vorschriften.

(3) Der Präsident legt nach Abschluß eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung einen zusammenfassenden Bericht über die Feststellungen von allgemeiner Bedeutung bei der überörtlichen kommunalen Prüfung vor. Der Bericht ist gleichzeitig dem Vereinigten der Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 147 HGO bekanntzugeben.

§ 7 Unterrichtung und Anhörung

Der Hessische Rechnungshof ist vor Erlass von Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Landes über die Haushalte, Kassen- und Rechnungsführung kommunaler Körperschaften zu hören.

§ 8 Kostenpflicht

Wird gegen die Pflichten des § 5 Abs. 2 bis 4 verstoßen oder sind die vorgelegten Unterlagen nicht prüfungsfähig und tritt dadurch eine unangemessene Verlängerung der Zeitdauer der überörtlichen Prüfung ein, wird die Prüfung ab einem vom Präsidenten zu bestimmenden Zeitpunkt kostenpflichtig nach dem Zeitaufwand fortgesetzt. Das Hessische Verwaltungs- kostengesetz (HVwKostG) sowie die Allgemeine Verwaltungskostenerordnung (AllgVwKostO) in ihren jeweiligen Fassungen finden entsprechend Anwendung; Prüfer nach § 5 Abs. 1 Satz 4 stehen Beamten des höheren Dienstes gleich.

§ 9 Inkrafttreten


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1993

Der Hessische Ministerpräsident
Eichel

Der Hessische Minister des Innern und für Europaangelegenheiten
Dr. Günther

Die Hessische Ministerin der Finanzen
Dr. Fugmann-Heesing
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge*

Vom 22. Dezember 1993

Artikel 1

1. § 1 erhält folgende Fassung:
   
   § 1
   Aufnahmepflicht

   (1) Die Landkreise und Gemeinden sind verpflichtet, folgende Ausländerinnen und Ausländer aufzunehmen und unterzubringen:


   2. Personen, deren Asylantrag bestandskräftig abgelehnt oder zurückgenommen worden ist,

   3. Asylberechtigte,


   6. Personen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten, denen auf Anordnung der obersten Landesbehörde nach § 32a des Ausländergesetzes eine Aufenthaltsbefugnis erteilt worden ist,

   7. Personen, die im Rahmen sonstiger humanitärer Hilfsmaßnahmen im Bundesgebiet aufgenommen und auf das Land Hessen verteilt werden,

   8. Personen, deren kurzfristige und vorübergehende Aufnahme und Unterbringung das Regierungspräsidium Darmstadt nach Abs. 2 angeordnet hat.

   (2) In Fällen eines gegenwärtigen, auf andere Weise nicht oder nicht rechtzeitig abwendbaren Unterbruchsunstands in den Landesaufnahmeeinrichtungen kann das Regierungspräsidium Darmstadt anordnen, daß Personen, die beabsichtigen, einen Asylantrag zu stellen, oder als Angehörige einer Personengruppe im Sinne von Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 um Aufnahme und Unterbringung nachsuchen wollen, kurzfristig und vorübergehend von den Landkreisen und Gemeinden aufgenommen und untergebracht werden.

2. Als §§ 2 und 3 werden eingefügt:
   
   § 2
   Zuweisung

   (1) Die Aufnahmeproquote der Landkreise und kreisfreien Städte wird durch Rechtsverordnung bestimmt; dabei soll insbesondere die Einwohnerzahl berücksichtigt werden.

   (2) Das Regierungspräsidium Darmstadt weist die in § 1 genannten Personen den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Die Zuweisung an die kreisangehörigen Gemeinden obliegt dem Kreisausschuß.

   (3) In den Fällen des § 1 Abs. 2 kann die Zuweisung abweichend von Abs. 1 erfolgen. Eine Anrechnung auf die Aufnahme- und Unterbringungsverpflichtung nach Abs. 1 findet nicht statt.

§ 3
Aufsicht


*) Änder: GVBl. II 37-39
3. Der bisherige § 2 wird § 4 und erhält folgende Fassung:

§ 4

Erstattung von Aufwendungen

(1) Das Land erstattet den Landkreisen und Gemeinden mit Ausnahme der Verwaltungskosten die notwendigen Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Personen nach § 1 entstehen.

(2) Für Personen nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 4, 5 und 7 sind die Erstattungen nach Abs. 1 auf längstens zwei Jahre begrenzt. Für Personen nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 sind die Erstattungen nach Abs. 1 auf die Dauer ihrer Aufenthaltsbefugnis, längstens auf zwei Jahre, begrenzt. Für Personen nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 sind die Erstattungen nach Abs. 1 auf längstens zwei Jahre ab Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung begrenzt.

4. Als § 5 wird eingefügt:

§ 5

Zuständigkeit für den Erlass von Rechtsverordnungen

Rechtsverordnungen nach § 2 Abs. 1 erlässt die Ministerin oder der Minister des Innern und für Europangelegenheiten im Einvernehmen mit der Ministerin oder dem Minister für Jugend, Familie und Gesundheit.

5. Der bisherige § 3 wird § 6.

Artikel 2

Übergangs- und Schlußvorschriften

(1) Aufwendungen für Personen, für die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes noch keine Aufnahmepflicht nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge in der bisher geltenden Fassung bestand, werden nach Art. 1 Nr. 3 dieses Gesetzes nur erstattet, soweit sie nach Inkrafttreten dieses Gesetzes den Landkreisen und kreisfreien Städten zugewiesen werden.


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1993

Der Hessische Ministerpräsident Eichel

Der Hessische Minister des Innern und für Europangelegenheiten

Dr. Günther

Die Hessische Ministerin der Finanzen

Dr. Fugmann-Heesing

Die Hessische Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Blauf
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz**
über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994),
zur Änderung anderer Rechtsvorschriften und zur Regelung
laufbahnrechtlicher Überleitungen im Polizeivollzugs- und Justizvollzugsdienst

**Vom 21. Dezember 1993**

Artikel 1

Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)

§ 1

Anlage

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1994 wird in Einnahme und Ausgabe auf 35 209 863 600 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind die Ansätze bei den Titeln 421 01, 422 02, 422 01 (11, 21) und 422 02 (12, 22) gegen seitig deckungsfähig. Das gleiche gilt für die Titel 422 61 und 422 62. Im übrigen gilt § 20 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung.

(2) Die obersten Landesbehörden können unbeschadet der Vorschrift des § 20 Abs. 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung im Rahmen der Hauptgruppe 4 bei den Titeln der Gruppen 443 und 453 sowie im Rahmen der Hauptgruppe 5 bei den Titeln der Gruppen 511 bis 518, 523, 526, 527, 537 und 546 die Deckungsfähigkeit der Ausgaben innerhalb eines Einzelplans anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind. Von dieser Deckungsfähigkeit sind Titel in Titelgruppen ausgenommen. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst kann mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen für die Hochschulen weitere Ansätze für einseitig oder gegenseitig deckungsfähig erklären.


(4) Mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen können Ansätze im Einzelplan 16 als gegenseitig deckungsfähig behandelt werden.

(5) Die Ansätze der Ausgabentitelgruppen 69 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

§ 3

Bei Haushaltsstiteln, die eine Leistung des Bundes vorsehen, gelten Ansatz und Verpflichtungsermächtigungen im gleichen Verhältnis als gesperrt, in dem der Bund seine Leistung mindert; § 41 der Hessischen Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 4

(1) Übertragbare Ausgaben im Sinne des § 19 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung sind die Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 des Gruppierungsplans für den Haushalt des Landes Hessen sowie die Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen. Die zu einer gemeinsamen Zweckbestimmung (Titelgruppe) gehörenden Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 gelten nicht als übertragbare Ausgaben, es sei denn, der Haushaltsplan läßt durch entsprechende Haushaltsvermerke Ausnahmen zu.

(2) Das Ministerium der Finanzen kann in besonders begründeten Einzelfällen die Übertragbarkeit von Ausgaben zulassen, soweit Ausgaben für bereits bewilligte Maßnahmen noch im nächsten Haushaltsjahr zu leisten sind.

§ 5

(1) Von den Ansätzen der Gruppe 519 sind, soweit die Berechnung auf dem Friedensneubauwert beruht, 6 vom Hundert für Zwecke der Energieeinsparung zu verwenden. Eine andere Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen zulässig.

1) OTH.R 42-56
(2) Innerhalb der Einzelpläne sind die Ansätze bei den Titeln 519 01 im Rahmen der Bauunterhaltungspauschalen und der gesondert veranschlagten Bauunterhaltsmaßnahmen gegenseitig deckungsfähig. Von dieser Deckungsfähigkeit sind Titel in Titelgruppen ausgenommen.

(3) Mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums der Finanzen können Ansätze bei den Titeln 519 05 innerhalb des jeweiligen Einzelplans für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden.

§ 6

§ 7
(1) Werden Zuwendungen nicht oder nicht mehr ihrem Zweck entsprechend, unwirtschaftlich oder nicht alsbald nach der Auszahlung verwendet oder werden sonstige mit der Zuwendung verbundene Auflagen nicht erfüllt, kann der Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise mit Wirkung auch für die Vergangenheit widerrufen werden.

(2) Soweit ein Zuwendungsbescheid nach Abs. 1 oder nach sonstigen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen, zurückgenommen oder infolge des Eintritts einer außergewöhnlichen Bedingung unwirksam wird, ist die Zuwendung, auch soweit sie bereits verwandt worden ist, zurückzuzahlen. Hat der Zuwendungsempfänger die Umstände, die zum Widerruf, zur Rücknahme oder zur Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheides geführt haben, nicht zu vertreten, so gelten für den Umfang der Rückzahlung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Zuwendungsempfänger nicht berufen, soweit er die Umstände kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte, die zum Entstehen des Rückzahlungsanspruchs geführt haben. Der Rückzahlungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 6 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen, soweit nicht im Einzelfall ein anderer Zinssatz vereinbart oder festgelegt ist. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind von der Zahlung der Rückzahlung für die Vergangenheit befreit, soweit die zurückzuzahlenden Zuweisungen und Schuldendiensthilfen aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs gewährt worden sind.

(3) Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht widerrufen oder zurückgenommen, können für die Zeit bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen nach den in Abs. 2 bezeichneten Grundsätzen verlangt werden.

§ 8


(3) Planstellen einer Besoldungsgruppe können auch mit Beamten einer anderen Laufbahn mit gleichem Endgrundgehalt besetzt werden. Über die Änderung der Amtsbezeichnung ist im nächstehenden Haushaltsplan zu entscheiden.


§ 9

§ 10
(1) Die Landesregierung wird ermächtigt, haushaltsrechtliche Maßnahmen zu treffen, die sich aus der Anpassung an das Besoldungsgesetz, an andere gesetzliche Bestimmungen oder an das Tarifvertragsrecht zwingend ergeben, insbesondere die Stellenpläne und Stellentürbetrachtungen zu ergänzen sowie Planstellen und Stellen umzuwandeln. Über den weiteren Verbleib dieser Planstellen und Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.


§ 11

(2) Wird der Beamte oder Richter wieder im Landesdienst verwendet, so ist ein freie oder in der nächsten freiwendende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er Auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle mangels freier Planstellen geführt werden muß, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrkostenab welchend von § 37 Abs. 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Ministeriums der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Über den weiteren Verbleib der nach Abs. 1 ausgebauten Leerstellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(4) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend für die in den Bundestag, in den Landtag oder in das Europäische Parlament gewählten Beamten, Richter, Angestellten und Arbeiter.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend für planmäßige Beamte oder Richter, Angestellte und Arbeiter, die für eine vorübergehende Tätigkeit in öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Eingriffen in den Entwicklungsländern beurlaubt werden. Das gleiche gilt sinngemäß für planmäßige Beamte, die als Richter kraft Auftrags zu einem hessischen Gericht, und für Richter auf Lebenszeit, die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet werden.


(7) Sofern nicht zugleich die Voraussetzungen nach Abs. 8 vorliegen, gelten Abs. 1 bis 3 entsprechend für Beamte oder Richter, die nach Maßgabe des § 92a Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Beamtenbezugsentsatzes oder des § 7a Abs. 1 Nr. 2 des Hessischen Richtergesetzes ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, und für Angestellte oder Arbeiter, die nach Maßgabe des § 50 Abs. 2 des Bundes-Angestelltentarifvertrags oder § 54a des Mantielltarifvertrags für Arbeiter der Länder ohne Vergütung oder Löhne aus Gründen beurlaubt werden, die für die Beurlaubung von Beamten nach § 92a des Hessischen Beamtenbezugsentsatzes maßgebend sind.


fallend“ auszubringen. Dies gilt nur, so-
weit von der Möglichkeit zur Beschäfti-
gung von Vertretungs- und Aushilfskräf-
ten auf Grund der Zweckbestimmung des
Titels 427 06 oder des entsprechenden Ti-
tels aus besonderen Gründen kein Ge-
bruch gemacht werden kann. Abs. 2 und
3 gelten entsprechend.

§ 12

(1) Wird infolge eines unvorhergese-
henen und unerläßlichen Bedürfnisses
eine überplanmäßige oder außerplanmäß-
ige Ausgabe erforderlich (Art. 143 der
Verfassung des Landes Hessen), so bedarf
es eines Nachtragshaushalts nicht, wenn
die Mehrausgabe im Einzelfall einen Be-
trag von 10 Millionen Deutsche Mark
nicht überschreitet oder rechtliche Ver-
pflichtungen, Rechtsansprüche aus Ge-
setz oder Tarifvertrag zu erfüllen sind
die soweit Ausgaben von anderer
Seite zweckgebunden zur Verfügung ge-
stellt werden. Für überräumliche und
außerplanmäßige Verpflichtungsermäch-
tigungen gilt Entsprechendes, wenn die
voraussichtlich kassenwirksam werden-
den Jahresbeträge insgesamt einen Be-
trag von 10 Millionen Deutsche Mark
nicht überschreiten.

(2) Der Betrag für die nach § 37 Abs. 4
der Hessischen Landeshaushaltsordnung
dem Landtag vierteljährlich mitzuteilen-
den über- und außerplanmäßigen Ausga-
ben wird auf 100 000 Deutsche Mark fest-
gesetzt.

§ 13

(1) Das Ministerium der Finanzen
cann abweichend von § 63 Abs. 3 der Hess-
sischen Landeshaushaltsordnung zur ver-
billigten Beschaffung von Bauland zulas-
sen, daß landeseigene Grundstücke unter
dem vollen Wert veräußert werden, wenn
sichergestellt ist, daß diese Grundstücke
binnen angemessener Frist, die in der Re-
gel drei Jahre nach Ablauf des Kaufver-
trages nicht übersteigen soll, zu Zwecken
des sozialen Wohnungsbau s konst ein
werden. Der Zustimmung des Landtags nach
§ 64 Abs. 2 der Hessischen Landeshaus-
haltsordnung bedarf es in diesen Fällen
doch der überräumlichen Bestimmungen
Des Landesregierung. Untereilt bleibt die
Nachweismethode, ist es das Eigentum an dem
Grundstück auf dem Land zurücküber-
tragen. Die hierbei anfallenden Kosten
haften der Wiederverkaufverträge zu tragen.

(2) Das Ministerium der Finanzen
cann abweichend von § 63 Abs. 3 der Hess-
sischen Landeshaushaltsordnung zur ver-
billigten Beschaffung von Straßenbau-
land zulassen, daß landeseigene unbebaute
Grundstücke an Gemeinden und Land-
kreisen zum Anerkennungsbetrag von
einer Deutschen Mark je Quadratmeter
veräußert werden. Das gleiche gilt für die
Abgabe von Grundstücken zum Bau von
Radwegen mit straßenunabhängiger Füh-

rung und für den Bau von Fernradwander-
routen.

(3) Das Ministerium der Finanzen
cann abweichend von § 63 Abs. 3 und § 64
Abs. 4 der Hessischen Landeshaushalts-
ordnung zur Sicherung der Versorgung mit
Einrichtungen der Gesundheit, der
Rehabilitation, der Sozialhilfe, der Ju-
gendhilfe und der Familienförderung zu-
lassen, daß landeseigene Grundstücke
Gebietskörperschaften und anerkannen
gemeinnützigen Trägern unter dem vol-
en Wert überlassen oder an sie veräußert
werden; dabei muß sichergestellt sein, daß
die Grundstücke dem vorgesehenen Zweck
auf angemessene Dauer dienten. Regel-
mäßig mindestens 30 Jahre betragen soll
en. Bei anerkannen gemeinnützigen Trägern
muß ferner sichergestellt sein, daß die
verbilligt erworbenen Grund-
stücke bei Liquidation an das Land zu-
rückfallen.

(4) Abweichend von § 63 Abs. 3 der Hessischen Landeshaushaltsordnung
wird zugelassen, daß von staatlichen Ein-
richtungen im Bereich der Datenverarbei-
tung entwickeltes oder erworbenes Pro-
gramm unentgeltlich an Stellen der öf-
fentlichen Verwaltung abgegeben wer-
den können, soweit Gegenwartigkeit be-
steht.

(5) Das Ministerium der Finanzen
cann abweichend von § 63 Abs. 3 der Hess-
sischen Landeshaushaltsordnung in Ein-
zühlzahlen zulassen, daß landeseigene
Grundstücke in Gebieten, die die Voraus-
setzung für die Durchführung von Sanie-
 rungsmaßnahmen nach den §§ 136 bis
144 oder von städtebaulichen Entwick-
 lungsmaßnahmen nach den §§ 165 bis 171
des Baugesetzbuches in der Fassung vom
8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2254), zuletzt
geändert durch Gesetz vom 22. April
1993 (BGBl. I S. 466), erfüllen, auch ohne
eine entsprechende förmliche Festlegung
des Gebiets oder Förderung der Maßnah-
me zum Grundstückswert an die Gemein-
den veräußert werden, wenn sich diese zur
Durchführung der beabsichtigten städte-
baulichen Maßnahmen auf dem Grund-
stück innerhalb von fünf Jahren ver-
pflichtet. Bei der Ermittlung des Grund-
stückswertes bleiben Veränderungen des
Wertes, die durch die Sanierungs- oder
Entwicklungsmaßnahmen hervorgerufen
werden, unberücksichtigt. Das Nähere
bestimmt die zuständigen Verwaltungs-
behörden.

§ 14

(1) Das Ministerium der Finanzen wird
ermächtigt, die im Haushaltsplan für das
Haushaltsjahr 1994 vorgesehenen Kredi-
te aufzunehmen.

(2) Das Ministerium der Finanzen wird
ermächtigt, die im Finanzplan der Hess-
sischen Zentrale für Datenverarbeitung
und im Finanzplan der Hessischen Staats-
bäder für 1994 vorgesehenen Kredite auf-
zunehmen.
(3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, die im Städtebau (Einzelplan 19) gewährten Vorauszahlungen des Bundes, soweit sie in Darlehen umgewandelt werden, als Kredit anzunehmen. Soweit der Bund im Laufe des Haushaltsjahres 1994 über die im Haushaltsplan vorgesehene Beträge hinaus weitere Mittel für den Wohnungsbau und Städtebau (Einzelplan 19) als Kredit zur Verfügung stellt, darf das Ministerium der Finanzen auch diese Mittel annehmen.

(4) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktvoraussetzungen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.


(6) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Kredite vorzeitig zu tilgen und zusätzliche Tilgungsausgaben aus kurzfristigen Krediten zu leisten. Die Kreditmäßigungsgrenzen nach Abs. 1 bis 3 erheben sich entsprechend. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditfinanzierungsvorschriften Vereinbarungen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken zu treffen.

§ 15


§ 16


§ 17

(1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1994 zur Verstärkung der Betriebsmittel der Staats- und Gewerbekasse kurzfristige Kredite (Kassenkredite) bis zur Höhe von 5 vom Hundert des in § 1 festgesetzten Betrages aufzunehmen.

(2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1994 für den Hessischen Investitionsfonds kurzfristige Kredite (Kassenkredite) bis zur Höhe von 30 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

(3) Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung wird ermächtigt, im Haushaltsjahr 1994 kurzfristige Kredite (Kassenkredite) bis zur Höhe von 20 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

§ 18


Artikel 27) Gesetz zur Änderung der Hessischen Landeshaltsordnung

§ 1 Änderung der Hessischen Landeshaltsordnung


(3) Juristischen Personen des privaten Rechts kann mit ihrem Einverständnis die Befugnis verliehen werden, Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Verwaltungsverfahren unter Vermittlung der Landeshauptverwaltung durchzuführen, sofern sie die Bedingungen der Hessischen Landeshaltsordnung erfüllen und die Rechtsfähigkeit des Körpers gemäß § 14 der Hessischen Landeshaltsordnung sichergestellt ist. Wesentliche Aufgaben, die nach den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrgenommen werden, die die Ausübung der Befugnisse verlangen, dürfen nicht von einem Körperschaftsrechtlichen Personen des privaten Rechts ausgeübt werden.

7) Auch: GVBl. II 43/25
der Befugnis obliegen dem zuständigen Ministerium; die Verleihung bedarf der Einwilligung des Ministeriums der Planzen. Die Befugnis unterliegt der Aufsicht des zuständigen Ministeriums; dieses kann die Aufsicht auf nachgeordnete Behörden übertragen. Widerspruchsbehörde nach § 73 der Verwaltungsgerichtsordnung ist die Aufsichtsbehörde.

§ 2

Inkrafttreten


Artikel 3)

Gesetz
zur abschließenden Regelung der Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst
- Polizeibeamtenüberleitungsabschlußgesetz -
(PolBeamUAG)

§ 1

Überleitungsregelung


(2) Ist gegen die Beamten oder den Beamten in einem Disziplinarverfahren rechtsträchtig auf Gehaltskürzung oder Verstatement in ein Amt derselben Laufbahn mit geringerem Endgradgehalt erkannt, wird die Überleitung erst nach Abchluss der in § 8a Abs. 3 oder § 8b Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Disziplinarordnung (HDO) bestimmten Frist mit Wirkung vom 1. Tag des folgenden Kalendermonats wirksam.

(3) Die Mitteilung über die Einweisung in die Planstelle nach Abs. 1 steht der Ausführung der Ernennungsurkunde nach § 9 Abs. 2 des Hessischen Beamtenordnung (HBG) gleich.


§ 2

Stellenbesetzung

Auf Planstellen für Polizeivollzugsbeamte, die bisher vom mittleren in den gehobenen Dienst umgewandelt wurden oder künftig umgewandelt werden, dürfen Beamten und Beamte des mittleren Polizeivollzugsdienstes geführt werden.

§ 3

In- und Außerkrafttreten


Artikel 4)

Gesetz
zur abschließenden Regelung der Überleitung vom mittleren in den gehobenen Justizvollzugsdienst
- Justizvollzugsbeamtenüberleitungsabschlußgesetz -
(JVBeamtUAG)

§ 1

Überleitungsregelung und Stellenbesetzung


(2) Im übrigen finden § 1 Abs. 4 und § 2 des Polizeibeamtenüberleitungsabschlußgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 2

In- und Außerkrafttreten

Artikel 5

Gesetz zur Änderung besoldungs- und laufbahnrechtlicher Vorschriften

§ 1

Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes

Das Hessische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 23. April 1993 (GVBl. I S. 144) wird wie folgt geändert:

1. In der Besoldungsordnung A wird
   a) in der Besoldungsgruppe A 9 die Amtsbezeichnung „Erster Hauptstallmeister“ eingefügt,
   b) in der Besoldungsgruppe A 10 die Amtsbezeichnung „Jugendleiterin im Schuldienst“ gestrichen,
   c) in der Besoldungsgruppe A 11 die Amtsbezeichnung „Jugendleiter im Schuldienst“ durch die Amtsbezeichnung „Fachlehrer sozialpädagogischer Richtung“ unter Beibehaltung der bisherigen Fußnoten 1) und 3) ersetzt und
   d) in der Besoldungsgruppe A 16 die Amtsbezeichnung „Direktor des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung“ durch die Amtsbezeichnung „Direktor des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung“ ersetzt;


3. Im Anhang zu den Hessischen Besoldungsordnungen – künftig wegfällende Ämter und Amtsbezeichnungen – wird
   a) in der Besoldungsgruppe A 10 die Amtsbezeichnung „Jugendleiterin im Schuldienst“ mit folgender Fußnote: 3) ersetzt
   b) in der Besoldungsgruppe B 3 die Amtsbezeichnung „Verbandsdirektor der regionalen Planungsgemeinschaft Osthessen“ gestrichen.

§ 2

Überleitungsregelung

Die sich nach § 1 Nr. 1 Buchst. c ergebenden Änderungen der Amtsbezeichnungen wirken unmittelbar. Die Beamten- und Beamten führen die neuen Amtsbezeichnungen.

§ 3

Ermächtigung zur Neubesetzung
durch die Beamten in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen

Der Minister des Innern und für Europaangelegenheiten wird ermächtigt, das Hessische Besoldungsgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung neu bekanntzumachen und dazu Unstimmigkeiten des Wortlauts sowie weitere inzwischen wegfällende Ämter und Amtsbezeichnungen und gegenstandslos gewordene Fußnoten zu den Besoldungsgruppen zu beseitigen.

§ 4

Änderung der Hessischen Verordnung über die Beamten in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen

Die Hessische Verordnung über die Beamten in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen vom 22. Oktober 1990 (GVBl. I S. 581) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Nr. 4 enthält folgende Fassung:
   „4. Bewerber für den Gesetzesdienst diese Gelegenheit als Pferdewirt oder in einem gleichwertigen Beruf.“

2. § 6 enthält folgende Fassung:
   „2. 1. Bei der gemeinde-beruflichen oder der Lehrerausbildung für den Gesetzesdienst Meisterprüfung als Pferdewirtschafcompacte oder in einem gleichwertigen Beruf oder Berufsführung ersetzt durch „Gelegenheit als Pferdewirt oder in einem gleichwertigen Beruf“.

§ 5

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf § 4 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnung können auf Grund der einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

§ 6

Inkrafttreten


Artikel 6

Gesetz zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes

§ 1

Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes

Das Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinigten Deutschland vom 13. Dezember 1991 (GVBl. I S. 367), wird wie folgt geändert:

1. § 47 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt neu gefaßt:

2. In § 57 wird folgender Abs. 3 neu angefügt:

§ 2
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Eichel

Die Hessische Ministerin
der Finanzen
Dr. Fugmann-Heesing
<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr. 33 — Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I — 30. Dezember 1993</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Gesamtplan 1994</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Teil I: Haushaltshervorichtung</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>A. Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpfläze</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>01</td>
<td>Hessischer Landtag</td>
<td>520 000</td>
<td>300 000</td>
<td>220 000</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>02</td>
<td>Hessischer Ministerpräsident</td>
<td>1 000 000</td>
<td>1 000 000</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>03</td>
<td>Hessisches Ministerium des Innern und für Europasangelegenheiten</td>
<td>41 765 000</td>
<td>20 625 000</td>
<td>13 210 000</td>
<td>7 630 000</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>04</td>
<td>Hessisches Kultusministerium</td>
<td>13 214 800</td>
<td>7 461 300</td>
<td>3 923 800</td>
<td>1 829 700</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>05</td>
<td>Hessisches Ministerium der Justiz</td>
<td>35 290 000</td>
<td>17 000 000</td>
<td>11 710 000</td>
<td>6 580 000</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>06</td>
<td>Hessisches Ministerium der Finanzen</td>
<td>9 602 500</td>
<td>3 602 900</td>
<td>2 249 900</td>
<td>1 249 900</td>
<td>2 499 800</td>
</tr>
<tr>
<td>07</td>
<td>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</td>
<td>429 191 000</td>
<td>160 157 000</td>
<td>101 646 000</td>
<td>32 488 000</td>
<td>84 900 000</td>
</tr>
<tr>
<td>09</td>
<td>Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz</td>
<td>244 895 000</td>
<td>74 570 000</td>
<td>56 428 000</td>
<td>33 808 000</td>
<td>80 089 000</td>
</tr>
<tr>
<td>10</td>
<td>Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten</td>
<td>171 501 500</td>
<td>105 540 500</td>
<td>46 630 500</td>
<td>19 330 500</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>11</td>
<td>Hessischer Rechnungshof</td>
<td>10 180 000</td>
<td>5 090 000</td>
<td>5 090 000</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>Landespersonalamt Hessen</td>
<td>50 000</td>
<td>50 000</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>14</td>
<td>Versorgung</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>15</td>
<td>Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst</td>
<td>108 684 100</td>
<td>63 724 100</td>
<td>39 276 800</td>
<td>5 365 200</td>
<td>262 000</td>
</tr>
<tr>
<td>16</td>
<td>Wiedergutmachung</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>17</td>
<td>Allgemeine Finanzverwaltung</td>
<td>1 879 200 000</td>
<td>525 310 000</td>
<td>427 830 000</td>
<td>346 140 000</td>
<td>579 920 000</td>
</tr>
<tr>
<td>18</td>
<td>Staatliche Hochbaumaßnahmen</td>
<td>863 360 000</td>
<td>444 850 000</td>
<td>254 000 000</td>
<td>120 500 000</td>
<td>44 000 000</td>
</tr>
<tr>
<td>19</td>
<td>Förderung des Wohnungs- und Städtebaues</td>
<td>1 778 688 000</td>
<td>504 620 000</td>
<td>518 050 000</td>
<td>249 755 000</td>
<td>506 233 000</td>
</tr>
<tr>
<td>21</td>
<td>Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung</td>
<td>33 660 000</td>
<td>17 390 000</td>
<td>10 890 000</td>
<td>3 830 000</td>
<td>1 550 000</td>
</tr>
<tr>
<td>22</td>
<td>Hessisches Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit</td>
<td>127 425 000</td>
<td>81 260 000</td>
<td>41 125 000</td>
<td>4 720 000</td>
<td>320 000</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Insgesamt</td>
<td>5 748 190 000</td>
<td>2 032 560 800</td>
<td>1 532 290 000</td>
<td>883 546 300</td>
<td>1 299 803 800</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Gesamtplan 1994
Teil II Finanzierungsübersicht

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben ................................................. 30 355,5
   (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags, haushaltstechnische Verrechnungen)

2. Einnahmen ............................................... 27 878,8
   (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen, haushaltstechnische Verrechnungen)

3. Finanzierungssaldo .................................... - 2 476,7

II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt .................. 2 470,1
   1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt .......... 6 963,0
   1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt ... 4 492,9
darunter: für Ausgleichsforderungen ................. 24,7

2. Abwicklung der Vorjahre ................................ 0,1
   2.1 Einnahmen aus Überschüssen ..................... 0,1
   2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen .......... -

3. Rücklagenbewegung ...................................... 6,4
   3.1 Entnahmen aus Rücklagen .......................... 9,0
   3.2 Zuführungen an Rücklagen ....................... 2,6

4. Haushaltstechnische Verrechnungen ................... -
   4.1 Einnahmenseite .................................. 359,0
   4.2 Ausgabenseite .................................. 359,0

5. Finanzierungssaldo (Summe 1 bis 4) .................. 2 476,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Gesamtplan 1994
Teil III  Kreditfinanzierungsplan

A. Kredite am Kreditmarkt

I. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt .......................... 6 963,0
   1. Darlehen aus der Sozialversicherungsträger ................. 4 492,9
   2. Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen) .................. —
   3. Andere Schuldverschreibungen zusammen .................. 4 467,9
   4. Ausgleichsforderungen .................................. 24,7
   5. Tilgung übernommener Darlehensverpflichtungen ...... 0,3
   6. Sonstige Tilgungen ..................................... 0

II. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt ......................... 2 470,1

B. Kredite im öffentlichen Bereich

I. Einnahmen aus Krediten im öffentlichen Bereich .............. 62,2
   1. Aufwendungsdarlehen im Eigentumsprogramm
      (2. Förderungsweg) ................................... 44,0
      (Kap. 19 03—311 28)
   2. Förderung des sozialen Wohnungsbau (1. Förderungsweg) 17,0
      (Kap. 19 03—311 09)
   3. Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben .................... 0,6
      (Kap. 19 03—311 16)
   4. Bau von Ersatzwohnungen für Zwecke der Bundesfernstraßen 0,6
      (Kap. 19 03—311 23)
   5. Wohnraumversorgung von Aussiedlern und Zuwanderern —
      (Kap. 19 03—311 73)
   6. Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen —
      (Kap. 19 04—311 06)

II. Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich .... 48,0
   1. Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau 48,0
      (Kap. 17 15—581 01)
   2. Darlehen des Bundes für Studien- und Modellvorhaben —
      (Kap. 17 15—581 07)
   3. Darlehen des Bundes für Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden —
      (Kap. 17 15—581 14)

III. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich .......... 14,2

Abweichungen in den Zahlen durch Bundes
Die Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 1994)
Vom 21. Dezember 1993

Artikel 1)
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes


2. § 31 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die jährliche Zuweisung beträgt für kreisangehörige Gemeinden, die keine Mindestschulzuschusszuweisung nach § 13 erhalten, mindestens neunzigtausend Deutsche Mark; im übrigen wird sie auf mindestens zehntausend Deutsche Mark aufgerundet festgesetzt.


Artikel 2)
Änderung des Gesetzes zur Überleitung von Aufgaben der Hilfe in besonderen Lebenslagen auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes


Artikel 3
Pauschalierte zweckgebundene Zuweisungen in den Haushaltsjahren 1994 und 1995 zur Verbesserung des Ausstattungsstandards an beruflichen Schulen


Artikel 4
Ermächtigung zur Neubekanntmachung

Die Ministerin der Finanzen wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung mit neuem Datum und neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 5

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Eichel

Die Hessische Ministerin der Finanzen
Dr. Fugmann-Heesing

---

1) Änderung GVBl. I S. 4146
2) Änderung GVBl. II 2 –
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Zweites Gesetz
zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes*)

Vom 22. Dezember 1993

Artikel 1

1. § 5 wird wie folgt geändert:
a) In Abs. 1 Satz 2 wird die Zahl „10660“ durch die Zahl „10970“ ersetzt.
b) In Abs. 2 Satz 1 wird die Zahl „5330“ durch die Zahl „5485“ und die Zahl „2665“ durch die Zahl „2743“ ersetzt.

2. § 9 wird wie folgt geändert:
In § 9 Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „10660“ durch die Zahl „10970“ ersetzt.

Artikel 2


Die verfassungsmaßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1993

Der Hessische Ministerpräsident
Eichel

Die Hessische Ministerin
der Finanzen
Dr. Fugmann-Heesing

Der Hessische Minister
des Innern
und für Europaangelegenheiten
Dr. Günther

*) Ändert GVBl. II 13-91
Grundsatz
Das Gesetz regelt die Neustrukturierung und Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen unter den gegenwärtigen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen. Es bedeutet keine Verpflichtung für die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern) zur Übernahme des Schienenpersonennahverkehrs bei einer Änderung des Grundgesetzes und der beabsichtigten Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs der Bundesbahn.

§ 1 Ziele
(1) Ziel ist die Förderung von Maßnahmen der Träger des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen nach Maßgabe dieses Gesetzes auf einer vereinheitlichten Grundlage zu stellen und die Finanzierung neu zu ordnen sowie die Umweltqualität und die Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere ihren Schutz vor Verkehrsunfällen, zu verbessern.


(3) In der Landesplanung, der Regionalplanung und der Bauleitplanung der Gemeinden sowie bei Verfahren der Raumordnung ist darauf hinzuweisen, daß Wohnbereiche an Arbeitsplätzen, an öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie an Erholungsbereiche verkehrssparend durch umweltverträgliche Verkehrsmittel mit dem Vorrang für den Umweltverbund auf kurzen Wegen angebunden werden.


(5) Soweit die Träger des ÖPNV als Betreiber auftreten, soll der Schienenpersonennahverkehr als Grundangebot des öffentlichen Personennahverkehrs ausgestaltet und das übrige Angebot darauf ausgerichtet werden. In den großen Verkehrsgräben soll das Grundangebot durch Schienenpersonennahverkehr gebildet werden.

(6) Um die Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs zu fördern, sollen, wo ein verkehrlicher Bedarf besteht, an Haltestellen außerhalb der Stadtzentren Übergangsanlagen und an möglichst allen Haltestellen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden. Der Übergang auf den öffentlichen Personennahverkehr soll durch Beschleunigungsmaßnahmen unterstützt werden.

(7) Sonderverkehre sind grundsätzlich in den öffentlichen Personennahverkehr zu überführen. Der freigestellte Schülerverkehr nach § 43 Personenbeförderungsgesetz ist umgehend, soweit dies zweckmäßig ist, in den öffentlichen Linienverkehr nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes zu integrieren.

§ 2 Anwendungsbereich
(1) Dieses Gesetz gilt für den öffentlichen Personennahverkehr auf Straßen und Schienen, soweit er nicht Aufgabe des Bundes ist.

(2) Öffentlicher Personennahverkehr im Sinne dieses Gesetzes ist die Beförderung von Personen mit Eisenbahnen, Straßenbahnen, U-Bahnen sowie Kraftfahrzeugen (insbesondere Busse, Nahverkehrsbüse, Frauenfahrten und Sammel- oder Linienverkehr im geregelten Taktverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3 Träger des öffentlichen Nahverkehrs
(1) Die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern haben als zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs auf ihrem Gebiet zu sorgen. Sie können sich für diese Aufgabe Dritter bedienen.

(2) Soweit andere kreisangehörige Gemeinden freiwillig öffentlichen Personenverkehr betreiben, wird dies durch Abs. 1 nicht berührt. Insbesondere wird dabei keine Verpflichtung der Aufgabenträger gemäß Abs. 1, diese Verkehre zu übernehmen.
§ 4

Bildung von Verkehrsverbünden

(1) Die Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern können für die Gebiete Nordhessen, Mittelhessen und Rhein-Main Verkehrsverbünde bilden.

(2) Landkreise oder Städte benachbarter Bundesländer können in den Verkehrsverbünden Mitglied werden. Hessische Landkreise können auch in anderen länderübergreifenden Verkehrsverbünden Mitglied werden.

(3) Das Land kann den in § 4 Abs. 1 genannten Verkehrsverbünden beitreten.

(4) Die Verkehrsverbünde sind verpflichtet, mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, ein fahrgastfreundliches öffentliches Personennahverkehrs-System zu schaffen; dies gilt insbesondere für verbundübergreifende Verkehrsbedürfnisse.


(6) Die Verkehrsverbünde sind zuständig für:
1. Festigung der Tarifsystematik und der Fahrpreise,
2. Gestaltung der regionalen Verkehrsnetze und Verkehrslinien (Verkehrsnetze, Leistungsumfang und Qualität),
3. UNPV-Planung, die über die Grenzen der Aufgabenträger hinausgeht.

Die Verkehrsverbünde können weitere Aufgaben übernehmen.

§ 5

Anforderungen an den öffentlichen Personennahverkehr

(1) Die Verkehrsnetze sind so zu gestalten, daß sie der besonderen Bedeutung des Schienenverkehrs Rechnung trägen. Parallelverkehre sollen bei überörtlichen Verbindungen außerhalb der Ballungsräume ausgeschlossen werden; Anschluß- und Übergangssicherheit beim Umsteigen ist herzustellen.

(2) Der öffentliche Personennahverkehr ist grundsätzlich bedarfsgerecht zu gestalten. Dabei soll sichergestellt werden, daß die wichtigen Ziele der täglichen Lebensgestaltung im UNPV erreicht werden können.


(4) Die baulichen Anlagen, Fahrzeuge und Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs sind fahrgastfreundlich, besonders die speziellen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt zu gestalten.

(5) Mobilitätsbehinderte Personen sollen durch entsprechende Gestaltung der Fahrzeuge und baulichen Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs-Angebot nutzen können.

§ 6

Finanzierung

(1) Zuwendungen für Investitionen werden gewährt zur Verbesserung der Verkehrverhältnisse der Gemeinden nach Gemeindeverkehrsfinanzierungs-Gesetz (GVFVG) und Finanzausgleichsgesetz (FAG) in den jeweils geltenden Fassungen. Näheres bestimmen die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften und Richtlinien.

(2) Die Verbünde erhalten Zuwendungen
- zur Durchführung ihrer Aufgaben, zu den Kosten der Verbundgesellschaften sowie zu Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Verbünde (Regiekosten),
- zur Durchführung der Aufgaben der sie tragenden Gebietskörperschaften, 1. als Ausgleich verbundbedingter Mehrkosten auf Grund von Durchschnittserhebungen und Harmonisierungsverlusten, 2. zum Ankauf von zusätzlichen Verkehrslösungen im Regionalverkehr, 3. zu den Vorhaltekosten der Infrastruktur.

(3) Zuwendungen für Investitionen nach Abs. 1 werden vorrangig denjenigen kommunalen Gebietskörperschaften gewährt, die Mitglied oder Beteiligter eines Verkehrsverbundes sind. Zuwendungen nach Abs. 2 an kommunale Gebietskörperschaften setzen deren Mitgliedschaft bzw. Beteiligung im Verkehrsverbund voraus.

(4) Die Verbünde weisen dem Land gegenüber die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen nach Abs. 2 nach.

§ 7

Zuständigkeit

§ 8  Übergangsbestimmungen

(1) Wird der Schienenpersonennahverkehr aus der Verantwortung des Bundes durch eine Grundgesetzänderung den Ländern übertragen, erfolgt rechtzeitig eine neue Regelung.


(3) Bis zur Gründung der neuen Verkehrsverbünde erfolgt die Landesfürsorge nach den bisherigen Regelungen.


§ 9  Inkrafttreten


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Hessische Ministerpräsident
Hochel

Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
Welteke
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Hessisches Gesetz über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG –)**

Vom 21. Dezember 1993

**Erster Abschnitt**

**Allgemeines**

§ 1

Ziel des Gesetzes


§ 2

Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen


(2) Die der alleinigen Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen öffentlichen Rechts, für die das Gesetz nicht gilt, sollen bei ihrer Personalwirtschaft die Grundsätze des Gesetzes (§ 3) eigenverantwortlich anwenden. Dies gilt nicht für die Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft und der freien Berufe.

(3) Dienststellen im Sinne dieses Gesetzes sind die einzelnen Behörden, Verwaltungsstellen und Betriebe der in Abs. 1 genannten Verwaltungen und die Gerichte, Gemeinden und Gemeindeverbände bilden unter Ausschluß der Eigenbetriebe und Krankenanstalten eine Dienststelle im Sinne dieses Gesetzes.

(4) Dienststellen im Sinne dieses Gesetzes sind auch

1. Eigenbetriebe und Krankenanstalten,
2. der Hessische Rundfunk einschließlich seiner Studios und Sendeanlagen,
3. jede Hochschule und jedes Universitätsklinikum,
4. die Staatlichen Ämter für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinarwesen und die Katasterämter als Hauptabteilungen der Landesverwaltung sowie die Oberbürgermeister als Behörden der Landesverwaltung sowie die Hauptabteilungen Allgemeine Landesverwaltung der Landräte,
5. die in § 86 Abs. 1 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes genannten Dienststellen der Polizei und der Berufsfeuerwehr,
6. für die in § 91 Abs. 2 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes genannten Dienststellen des Schulamtes die Schulämter.


(7) Teilzeitbeschäftigung im Sinne dieses Gesetzes über Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus, deren vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit die regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit unterschreitet, Beamten und Beamte, deren Arbeitszeit nach § 85 a oder § 92 a des Hessischen Beamtenrentengesetzes ermäßigt wurde, sowie Richterinnen und Richter, deren Arbeitszeit nach § 7 a oder § 7 b des Hessischen Richtergesetzes ermäßigt wurde.

(8) Beförderung im Sinne dieses Gesetzes ist auch die Verleihung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt ohne Änderung der Amtsbezeichnung, die Verleihung eines Richteramtes mit einem höheren Endgrundgehalt und die Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit.

*GVBl. H 390-124*
§ 3
Grundsätze
(1) Die Dienststellen sind verpflichtet, durch Frauenförderpläne (§§ 4 bis 6) und sonstige Maßnahmen der Förderung (§§ 7 bis 14) auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst sowie die Beseitigung von Unterrepräsentanz von Frauen hinzuwirken und Diskriminierungen wegen des Geschlechts und des Familienstandes zu beseitigen.


Zweiter Abschnitt
Frauenförderung
§ 4
Aufstellung von Frauenförderplänen
(1) Frauenförderpläne werden für jeweils sechs Jahre für jede Dienststelle aufgestellt. Personalstellen mehrerer Dienststellen können nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 in einem Frauenförderplan zusammengefaßt werden.

(2) In der Landesverwaltung kann für Personalstellen mehrerer Dienststellen ein Frauenförderplan aufgestellt werden. Über die Zusammenfassung von Personalstellen mehrerer Dienststellen in einem Frauenförderplan und darüber, welche Dienststellen diesen Frauenförderplan aufstellt, entscheidet die oberste Dienstbehörde durch Anordnung, die im Staatsanzeiger für das Land Hessen oder im Amtsblatt des zuständigen Ministeriums zu veröffentlichen ist. Im übrigen stellt die Dienstelle die Frauenförderpläne auf. Für Dienststellen mit weniger als 20 Beschäftigten sollen keine eigenen Frauenförderpläne aufgestellt werden. Für Personalstellen der Richterinnen und Richter werden für die jeweilige Gerichtsbarkeit durch das zuständige Ministerium und für Personalstellen der Staatsanwaltschaften und Staatsanwälte durch das Ministerium der Justiz besondere Frauenförderpläne aufgestellt. Frauenförderpläne sind jeweils im Einvernehmen mit der für die erfaßten Personalstellen personalentscheidenden Dienststelle aufzustellen.


(4) Bei den übrigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterliegen, sowie beim Hessischen Rundfunk wird jeweils mindestens ein Frauenförderplan aufgestellt.

§ 5
Inhalt des Frauenförderplanes
(1) Gegenstand des Frauenförderplanes sind die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen innerhalb des Geltungsbereiches des Frauenförderplanes.

(2) Grundlage des Frauenförderplanes ist eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur sowie eine Schätzung der im Geltungsbereich des Frauenförderplanes zu besetzenden Personalstellen und möglichen Beförderungen. Für diese Analyse sind folgende Daten zu erheben:
1. die Zahl der in der Dienststelle beschäftigten Frauen und Männer getrennt nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen,
2. die Zahl der mit Teilzeitbeschäftigung besetzten Personalstellen getrennt nach Geschlecht, Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen,
3. die Zahl der Auszubildenden, getrennt nach Geschlecht und Ausbildungsberuf,
4. die Zahl der durch Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze und vorgesehene Wechsel des Aufgabengebietes oder Arbeitsplatzes voraussichtlich
freiwerdenden Personalstellen sowie der voraussichtlich zu besetzenden Personalstellen und möglichen Beförderungen.

(3) Der Frauenförderplan enthält für jeweils zwei Jahre verbindliche Zielvorgaben bezogen auf den Anteil der Frauen bei Einstellungen und Beförderungen zur Erhöhung des Frauenanteils in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Für die Festlegung der Zielvorgaben sind die Besonderheiten in den jeweiligen Bereichen und Dienstellen maßgebend.


(5) Beruht der Frauenförderplan auf unrichtigen Voraussetzungen oder ändern sich wesentliche Voraussetzungen des Frauenförderplanes, so ist er nach Ablauf des Zweijahres-Zeitraumes nach Abs. 3 entsprechend zu ändern. Mit Zustimmung der Frauenbeauftragten kann der Frauenförderplan auch zu einem anderen Zeitpunkt geändert werden. Trifft die Änderung durch personalwirtschaftliche Maßnahmen nach Abs. 4 Satz 6 ein, so ist bei der Anpassung zu gewährleisten, daß der Frauenanteil in den betroffenen Bereichen mindestens gleich bleibt.

(6) Der Frauenförderplan enthält auch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen, soweit dies erforderlich ist, um einen dem Gleichberechtigungsrundschreiben wider- sprechenden Zustand zu beseitigen. Er kann auch Maßnahmen enthalten, die geeignet sind, überwiegend mit Männern besetzte Arbeitsplätze so umzustellen, daß sie auch mit Frauen besetzt werden können.


§ 6 Verfahren zur Aufstellung von Frauenförderplänen, Bekanntmachung, Berichte

(1) In der Landesverwaltung bedürfen Frauenförderpläne der Zustimmung der Dienststelle, die die unmittelbare Dienstaufsicht über die in dem Frauenförderplan erfaßten Personalstellen ausübt. Frauenförderpläne, die bei den Ministerien, der Staatskanzlei und beim Landespersonalamt aufgestellt werden, werden im Benehmen mit dem für Frauenpolitik zuständigen Ministerium aufgestellt. Frauenförderpläne, die beim für Frauenpolitik zuständigen Ministerium aufgestellt werden, werden im Benehmen mit dem Landespersonalamt aufgestellt.

(2) Frauenförderpläne, die beim Hessischen Landtag, beim Hessischen Datenschutzbeauftragten und beim Hessischen Rechnungshof aufgestellt werden, bedürfen der Zustimmung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtags im Benehmen mit dem Präsidentium des Landtags.


(4) Frauenförderpläne der übrigen der Beratung des Landes unterstellten, juristischen Personen öffentlichen Rechts werden im Benehmen mit der Dienststelle, die die Rechenschaftsaufsicht ausübt, aufgestellt. Rechenschaftspflichtige Beziehungen bleiben unberührt.

(5) Frauenförderpläne des Hessischen Rundfunks bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrates.

(6) Frauenförderpläne sind in den Dienststellen, deren Personalstellen sie betreffen, bekanntzumachen. Die Dienststelle, die den Frauenförderplan aufstellt, berichtet der nach Abs. 1 bis 5 zuständigen Stelle alle zwei Jahre über die
§ 7
Vergabe von Ausbildungsplätzen

(1) In Ausbildungsberufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen mindestens zur Hälfte zu berücksichtigen. Satz 1 gilt nicht für Ausbildungsanlässe, in denen der Staat ausschließlich ausbildet.

(2) Es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen auf freie Ausbildungsplätze in Berufen im Sinne von Abs. 1 Satz 1 aufmerksam zu machen und sie zur Bewerbung zu veranlassen. Liegen trotz solcher Maßnahmen nicht genügend Bewerbungen von Frauen vor, können entgegen Abs. 1 Satz 1 mehr als die Hälfte der Ausbildungsplätze mit Männern besetzt werden.

§ 8
Ausschreibungen

(1) In allen Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind zu besetzende Personalstellen grundsätzlich in den Dienststellen, in nach- und übergeordneten Behörden sowie öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibung hat sich ausschließlich an den Anforderungen der zu besetzenden Personalstelle oder des zu vergebenden Amtes zu orientieren und den Hinweis zu enthalten, daß Bewerbungen von Frauen besonders erwünscht sind.

(2) In Ausschreibungen ist darauf hinzuweisen, daß Vollzeitstellen grundsätzlich teilbar sind. Soweit eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils auf Grund eines Frauenförderplanes besteht, ist dies in der Ausschreibung zu erwähnen.

(3) Ausnahmen von den Grundsätzen des Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 bedürfen der Zustimmung der Frauenbeauftragten.

(4) Liegen nach der ersten Ausschreibung keine Bewerbungen von Frauen vor, die die gesetzlichen oder sonst vorgesehenen Voraussetzungen für die Besetzung der Personalstelle oder des zu vergebenden Amtes nachweisen, ist auf Verlangen der Frauenbeauftragten die Ausschreibung einmal zu wiederholen.

§ 9
Vorstellungsgespräch

(1) In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden mindestens ebenso viele Frauen wie Männer oder alle Bewerberinnen zum Vorstellungsgespräch eingeladen, soweit ein solches durchgeführt wird, wenn sie die gesetzlich oder sonst vorgesehenen Voraussetzungen für die Besetzung der Personalstelle oder des zu vergebenden Amtes erfüllen.

(2) Fragen nach einer bestehenden oder geplanten Schwangerschaft und danach, wie die Betreuung von Kindern neben der Berufstätigkeit gewährleistet werden kann, sind unzulässig.

§ 10
Auswahlentscheidungen

(1) Um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei Einstellung und Beförderung sowie die Erfüllung der Frauenförderpläne zu gewährleisten, sind Eignung, Befähigung und fachliche Leistung (Qualifikation) entsprechend den Anforderungen der zu besetzenden Stelle oder des zu vergebenden Amtes zu beurteilen. Bei der Qualifikationsbeurteilung sind Fähigkeiten und Erfahrungen, die durch die Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen im häuslichen Bereich (Familienarbeit) erworben wurden, zu berücksichtigen, soweit ihnen für die Eignung, Leistung und Befähigung der Bewerberinnen und Bewerber Bedeutung zukommt. Dies gilt auch, wenn Familienarbeit neben der Erwerbsarbeit geleistet wurde.

(2) Dienstalter, Lebensalter und der Zeitpunkt der letzten Beförderung dürfen nur insoweit Berücksichtigung finden, als ihnen für die Eignung, Leistung und Befähigung der Bewerberinnen und Bewerber Bedeutung zukommt.


(4) Werden die Zielvorgaben des Frauenförderplanes für jeweils zwei Jahre nicht erfüllt, bedarf es bis zu ihrer Erfüllung jede weitere Einstellung oder Beförderung eines Mannes in einem Bereich, in dem Frauen unterrepräsentiert sind, der Zustimmung der Stelle, die dem Frauenförderplan zugestimmt hat, im Geltungsbereich der bei den Ministerien, der Staatskanzlei und beim Landespersonalamt aufgestellten Frauenförderpläne der
Zustimmung der Landesregierung. In der Eingangsbereich der bei den Hochschu-
len aufgestellten Frauenförderpläne in die Zustimmung der Präsidentin, des Prä-
sidenten, des Rektors oder der Rektorin erforderlich. In Gemeinden ist die Be-
schlußfassung des Gemeinderats vorzunehmen, in Gemeindeverbänden die Beschlus-
fassung des Kreisausschusses, bei kommunalen Zweckverbänden die Beschluss-
fassung des Verbandsausschusses, beim Land-
swagenverbund Hessen die Beschluss-
fassung des Verwaltungsausschusses und beim Umlandverband Frankfurt die Beschluss-
fassung des Verbandsausschusses erforderlich. Bei den übrigen der Aufsicht des Landes unterstellten juri-
schlichen Personen öffentlichen Rechts ist die Zustimmung des Organs, welches die Geschäfts-
führung wahrnimmt, erforder-
lieh; die Angelegenheit ist der Aufsichts-
behörde zur Kenntnis zu geben. Ist ein in Satz 3 oder 4 genanntes Organ bereits nach anderen Rechtsvorschriften und dem Angelegenheit zu befassen, so ist der erste Beschluss nach Befolgung 

Driss Abschnitt

Arbeitszeit

§ 12

Familien gerecht Arbeitszeit

und Beurlaubung

(1) Die Dienststellen sollen verstärkt Arbeitszeit anbieten, die den Bedürf-
nissen der Beschäftigten Rechnung tragen, die Familienpflichten wahrnehmen. Das Hessische Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten wird er-
macht, im Interesse der Zielsetzung dieses Gesetzes Arbeitszeitmodelle zu

herausgeben.

(2) Anträgen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Teilzeitbeschäfti-
gung, Beurlaubung oder flexible Arbeitszeit zur Betreuung von Kindern oder von

jüngstem Zeugnis pflegebedürftigen Angehörigen ist zu entsprechen, so-
weit nicht dringende dianstliche Belange entgegenstehen. § 92a des Hessischen Be-
amtengesetzes wird auf Arbeitnehmerin-
nen und Arbeitnehmer entsprechend an-
gewandt.

(3) Bei Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen aus den in Abs. 2 genann-
ten familiären Gründen sowie für die Zeit des Beschäftigungsvorbehaltes nach § 6 des

Mutterschutzgesetzes und § 6 der Mutterschutzverordnung ist ein personeller Aus-

gleich vorzunehmen.

(4) Beschäftigten, die aus den in Abs. 2 genannten familiären Gründen beurlaub-

t sind, werden von ihrer Beschäftigungs-
dienststelle und der Dienststelle, die den 

sie betreffenden Frauenförderplan aufge-

stellt hat, kurzfristige Beschäftigungs-

verhältnisse bei vorübergehendem Perso-
nalbedarf der Dienststelle vorrangig ange-

boten. Soweit in dem jeweiligen Beruf 

erforderlich, werden ihnen auch Fortbil-

dungen angeboten, die zur Erhaltung und 

Anpassung ihrer Qualifikation geeignet 

sind.
(5) Beschäftigte, die eine Teilzeitschäftigung oder eine Beurlaubung beantragen, sind auf die Folgen, insbesondere in bezug auf renten-, arbeitslosenversicherungs- und versorgungsrechtliche Ansprüche, in allgemeiner Form hinzuweisen.

§ 13 Teilzeitbeschäftigung

(2) Beschäftigungsverhältnisse nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches werden nicht begründet.

§ 14 Gremien
Bei der Besetzung von Kommissionen, Behörden, Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie sonstigen Gremien sollen mindestens die Hälfte der Mitglieder Frauen sein.

§ 15 Sexuelle Belästigung

(2) Sexuelle Belästigungen sind erwünschte sexuelle Annäherungsversuche und Körperkontakte sowie sexuell abfällige oder abwertende Bemerkungen, Gesten oder Darstellungen, die von der betroffenen Person als beleidigend, erniedrigend oder beleidigend empfunden werden.

(3) Beschwerden über sexuelle Belästigung dürfen nicht zur Nachteiligung der beteiligten Person führen.

Vierter Abschnitt
Frauenbeauftragte
§ 16 Bestellung von Frauenbeauftragten


(3) Im Benehmen mit der Frauenbeauftragten ist eine Stellvertreterin zu bestellen, die sie bei Abwesenheit und bei sonstiger Verhinderung vertritt.


(5) Bei den Gerichten sind für Angelegenheiten des richterlichen und des nichtrichterlichen Personals, bei den Staatsanwaltschaften (für Angelegenheiten des staatsanwaltschaftlichen Personals) jemals gesonderte Frauenbeauftragte zu bestellen. Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 über die Mindestzahl der Beschäftigten gilt entsprechend für die jeweilige Gruppe.

§ 17 Dauer der Bestellung und Abberufung
(1) Die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterin werden für je sechs Jahre bestellt. Mit Zustimmung der Frauenbeauftragten oder ihrer Stellvertreterin sind Verlängerungen der Bestellung jeweils um bis zu sechs Jahre möglich.

(2) Die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterin können nur wegen grober Vernachlässigung der gesetzlichen Pflichten als Frauenbeauftragte oder grober Verletzung der gesetzlichen Befugnisse als Frauenbeauftragte von dieser Funktion abberufen werden. Allgemeine dienstrechtliche und tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt.
§ 18
Aufgaben und Rechte der Frauenbeauftragten

(1) Die Frauenbeauftragte überwacht die Durchführung dieses Gesetzes und unterstützt die Dienststellenleitung bei ihrer Umsetzung. Sie hat das Recht, an den diesbezüglichen Maßnahmen beteiligt zu werden, insbesondere an

1. der Aufstellung und Änderung des Frauenförderplanes, der Personalstellen ihrer Dienststelle betrifft, sowie an Maßnahmen nach § 6 Abs. 1 bis 3 und den Berichten nach § 6 Abs. 6,

2. personellen Maßnahmen im Sinne von §§ 63, 77 und 78 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, sozialen Maßnahmen im Sinne von § 74 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von § 81 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes mit Auswirkungen auf Personalstellen der Dienststelle, für die sie bestellt wurde,

3. Stellenausschreibungen und am Auswahlverfahren sowie an Vorstellungs- gesprächen für Personalstellen der Dienststelle, für die sie bestellt wurde, sowie

4. an sonstigen Maßnahmen der Durchführung des Frauenförderplanes.

Frauenbeauftragte nach § 16 Abs. 1 Satz 5 haben das Recht, an der Aufstellung des Frauenförderplanes, für den sie bestellt wurden, sowie an personellen Maßnahmen im Sinne von §§ 63, 77 und 78 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes, Stellenausschreibungen und Auswahlverfahren, die in diesem Frauenförderplan erfaßten Personalstellen betreffen, beteiligt zu werden.

(2) Die Frauenbeauftragte erhält auf Verlangen Einsicht in alle Akten, die Maßnahmen, an denen sie zu beteiligen ist, betreffen. Bei Personalentscheidungen erhält sie auf Verlangen auch Einsicht in Bewerbungsunterlagen einschließlich derer von Bewerberinnen und Bewerbern, die nicht in die engere Auswahl einbezogen wurden.

(3) Vor einer beabsichtigten Maßnahme ist sie rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor der Entscheidung, zu unterrichten und anzuhören. In dringenden Fällen kann die Frist auf eine Woche abgekürzt werden; vor fristlosen Entlassungen und außerordentlichen Kündigungen trägt die Frist drei Arbeitstage. Soweit die Maßnahme einer anderen Dienststelle zur Entscheidung vorgelegt wird, kann die Frauenbeauftragte eine schriftliche Stellungnahme beiffern.

(4) Wird die Frauenbeauftragte nicht rechtzeitig an einer Maßnahme beteiligt, ist die Entscheidung über die Maßnahme für zwei Wochen auszusetzen und die Be teiligung nachzubohlen. In dringenden Fällen ist die Frist auf eine Woche, bei außerordentlichen Kündigungen und fristlosen Entlassungen auf drei Arbeitstage, zu verkürzen.

(5) Der Frauenbeauftragten ist Gelegenheit zur Teilnahme an Besprechungen nach § 60 Abs. 4 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes zu geben.

(6) Die Frauenbeauftragte kann Sprechstunden durchführen und einmal im Jahr eine Versammlung der weiblichen Beschäftigten einberufen. Weibliche Beschäftigte können sich ohne Einhaltung des Dienstweges an die Frauenbeauftragte ihrer Dienststelle wenden. Satz 1 und 2 sowie Abs. 5 gelten nicht für Frauenbeauftragte nach § 16 Abs. 1 Satz 5.


(8) Das für Frauenpolitik zuständige Ministerium koordiniert und organisiert den Informationsaustausch und die Fortbildung der Frauenbeauftragten.

§ 19
Widerspruchsrecht

(1) Ist die Frauenbeauftragte der Auffassung, daß Maßnahmen oder ihre Unterlassung gegen dieses Gesetz verstoßen oder infolge von solchen Maßnahmen die Erfüllung des Frauenförderplanes gefährdet ist, kann sie innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Kenntnis bei der Dienststellenleitung widersprechen; bei außerordentlichen Kündigungen und fristlosen Entlassungen ist der Widerspruch unverzüglich einzulegen. Die Dienststellenleitung entscheidet erneut über den Vor gang.

(2) Hilft die Dienststelle einem Widerspruch der Frauenbeauftragten nicht ab, so ist in der Landesverwaltung auf Antrag der Frauenbeauftragten die Entscheidung der Stelle, die dem Frauenförderplan zugestimmt hat, einzuholen, auf Antrag einer Frauenerauftragten bei einem Ministerium, der Staatskanzlei oder beim Landespersonalamt die Entscheidung der Landesregierung. Bei Dienststellen der Gemeinden ist auf Antrag der Frauenbeauftragten die Entscheidung des Gemeindevorstandes, bei Dienststellen der Gemeindeverbände die Entscheidung des Kreisausschusses einzuholen, bei Dienststellen der kommunalen Zweckverbände die Entscheidung des Verbandsvorstandes, beim Landeswohlfahrtsverband Hessen die Entscheidung des Verwaltungsausschusses, beim Umlandverband Frankfurt die Entscheidung des Verbands-
ausschusses. Bei den übrigen der Aufsicht des Landes unterstellenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts ist auf Antrag der Frauenbeauftragten die Entscheidung des Organs, welches die Geschäftsführung wahrnimmt, einzufühlen, beim Hessischen Rundfunk die Entscheidung des Vorwaltungsgerichtes. Die Entscheidung der Stelle nach Satz 1 bis 3 ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach der erteilten Entscheidung der Dienststelle nach Abs. 1 Satz 2 zu beantragen. Bei außerordentlichen Kündigungen und fristlosen Entlassungen ist die Entscheidung unverzüglich zu beantragen; in diesen Fällen gilt die beabsichtigte Maßnahme als gebilligt, wenn nicht innerhalb von drei Tagen eine Entscheidung der Stelle nach Satz 1 bis 3 vorliegt. Satz 1 findet keine Anwendung in Fällen des Art. 127 Abs. 3 der Hessischen Verfassung.

(3) Bis zur erteilten abschließenden Entscheidung der Dienststelle nach Abs. 1 oder der Stelle nach Abs. 2 Satz 1 bis 4 wird der Vollzug der Maßnahme ausgesetzt.

§ 20

Dienstliche Stellung


(2) In Dienststellen mit mehr als 200 Beschäftigten ist für die Tätigkeit der Frauenbeauftragten mindestens eine Stelle mit der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zur Verfügung zu stellen, in Dienststellen mit mehr als 500 Beschäftigten eine volle Stelle. In Dienststellen mit mehr als 800 Beschäftigten ist der Frauenbeauftragte eine Mitarbeiterin mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zuzuordnen, in Dienststellen mit mehr als 1 000 Beschäftigten eine Mitarbeiterin mit der vollen Regelarbeitszeit. Für die Entlastung von Frauenbeauftragten nach § 16 Abs. 1 Satz 5 und 6 ist jeweils eine volle Stelle zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterin dürfen wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt werden; dies gilt auch für die berufliche Entwicklung. Die Frauenbeauftragte und ihre Stellvertreterin dürfen gegen ihren Willen nur versetzt oder abgeordnet werden, wenn dies aus dringenden dienstlichen Gründen auch unter Berücksichtigung ihrer Funktion als Frauenbeauftragte oder Stellvertreterin unvermeidbar ist und die Stelle, die bei einem Widerspruch der Frauenbeauftragten nach § 13 Abs. 2 entschieden, zugestimmt hat. Auf eine Frauenbeauftragte oder ihre Stellvertreterin, mit der ein Arbeitsverhältnis besteht, findet § 15 Abs. 2 und 4 des Kündigungsschutzgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß zusätzlich zur personalvertretungsrechtlich erforderlichen Zustimmung nach § 15 Abs. 2 des Kündigungsschutzgesetzes die Zustimmung der Stelle vorliegen muß, die bei einem Widerspruch der Frauenbeauftragten nach § 19 Abs. 2 entscheidet.

§ 21

Ubergangs- und Schlußvorschriften

(1) Frauenförderpläne sind innerhalb von neun Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufzustellen. § 10 Abs. 5 gilt insoweit nicht.


§ 22

Änderungen von Gesetzen


1. § 71 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

„1. beim Erlaß einer Verwaltungsanordnung (§ 63 Abs. 1) für die personellen Angelegenheiten der Angestellten, die im hessischen Bereich tätig und in der Vergütungsgruppe I bis V b des Bundeseinschaffungsarbeitsvertrages eingruppiert sind oder eine außerordentliche Vergütung erhalten, sowie bei der Erstellung des Frauenförderplanes nach § 4 des Hessischen Gleichbe rechtigungsgesetzes (§ 77 Abs. 3).“

2. § 74 Abs. 1 Nr. 3 wird wie folgt geändert:


3. § 77 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f wird wie folgt geändert:

„f) Ablehnung eines Antrages auf Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung nach § 12 Abs. 2“

1) Ansetz GVBl. I S.262-9

b) Es wird folgender Abs. 3 eingefügt:

"(3) Der Personalrat hat bei der Erstellung des Frauenförderplanes nach § 4 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes mitzubestimmen."

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.


a) Es wird folgender Abs. 3 eingefügt:

"(3) Die Vorschriften der §§ 85a und 92a gelten für Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes entsprechend."

b) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.


1. In § 2a werden die Worte „mit einem höheren Endgrundgehalt als dem eines Eingangsamtes“ gestrichen.

2. In § 36 Abs. 2 wird der Punkt am Ende der Nr. 6 durch ein Komma ersetzt und als Nr. 7 angefügt:

"7. bei der Erstellung des Frauenförderplanes nach § 4 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes."

§ 23
Rechte der Schwerbehinderten

Die Rechte der Schwerbehinderten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 24
Aufgaben der kommunalen Frauenbüros

Die Aufgaben der Gemeinden nach § 4b der Hessischen Gemeindeordnung und nach § 4a der Hessischen Landkreisordnung werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§ 25
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt dreiunddreissig Jahre nach seinem Inkrafttreten außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident

Eichel

Die Hessische Ministerin
für Frauen, Arbeit
und Sozialordnung
Stiewit

2) Andert GVBl. II 920-20
3) Andert GVBl. II 20-5
Hessische Trennungsgeldverordnung (HTGV)*)

Vom 21. Dezember 1993


§ 1 Anwendungsbereich

(1) Trennungsgeld wird gewährt aus Anlaß der
1. Versetzung aus dienstlichen Gründen,
2. Aufhebung einer Versetzung nach einem Umzug mit Zusage der Umzugskostenvergütung,
3. Verlegung der Beschäftigungsbehörde,
4. nicht nur vorübergehender Zuteilung aus dienstlichen Gründen zu einem anderen Teil der Beschäftigungsbehörde,
5. Übertragung eines anderen Richteramtes nach § 32 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes oder eines weiteren Richteramts nach § 6 des Hessischen Richtergesetzes mit Zusage der Umzugskostenvergütung,
6. Abordnung,
7. Zuweisung nach § 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes,
8. vorübergehender Zuteilung aus dienstlichen Gründen zu einem anderen Teil der Beschäftigungsbehörde,
9. vorübergehend dienstlichen Tätigkeit bei einer anderen Stelle als einer Dienststelle,
10. Aufhebung oder Beendigung einer Maßnahme nach den Nr. 6 bis 9 nach einem Umzug mit Zusage der Umzugskostenvergütung,
11. Versetzung mit Zusage der Umzugskostenvergütung nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 des Hessischen Umzugskostengesetzes,
12. Einstellung mit Zusage der Umzugskostenvergütung,
13. Überweisung im Rahmen der Ausbildung zu einer auswärtigen Ausbildungsstelle und Teilnahme an auswärtigen Ausbildungsveranstaltungen (§ 8).

(2) Trennungsgeld wird nur gewährt, wenn
1. bei Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 1 bis 13 der neue Dienstort ein anderer als der bisherige Dienstort ist und die Wohnung nicht im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes liegt. Liegt die Wohnung im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes, wird bei Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 6 bis 9 Trennungsgeld für die Dauer der Maßnahme, längstens für sechs Monate gewährt;
2. bei Maßnahmen nach Abs. 1 Nr. 1 bis 5 Berechtigte nicht unwiderruflich auf die Zusage der Umzugskostenvergütung verzichten und dienstliche Gründe den Umzug nicht erfordern (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d des Hessischen Umzugskostengesetzes).

§ 2 Trennungsgeld nach Zusage der Umzugskostenvergütung


(2) Ist ein Umzug, für den Umzugskostenvergütung zugesagt ist, aus Anlaß einer Maßnahme nach § 1 Abs. 1 vor deren Wirksamwerden durchgeführt, kann Trennungsgeld in sinngemäßer Anwendung dieser Verordnung bis zum Tag vor der Dienstantrittsreise, längstens für drei Monate gewährt werden.

(3) Wird die Zusage der Umzugskostenvergütung außerhalb des Rechtsbehelfsverfahrens aufgehoben, wird dadurch ein Trennungsgeldanspruch nicht begründet; ein erlöscherer Trennungsgeldanspruch lebt nicht wieder auf.

*) GVBl. II 222-121
§ 3

Trennungsgeld
beim auswärtigen Verbleiben

(1) Berechtigte, die nicht täglich zum Wohnort zurückkehren und denen die tägliche Rückkehr nicht zuzumuten oder aus dienstlichen Gründen nicht gestattet ist, erhalten für die ersten sieben Tage nach beendeter Dienstantrittsreise als Trennungsgeld die gleiche Vergütung wie bei Dienstreisen (Trennungsreisegeld); § 11 Abs. 2 des Hessischen Reisekostengesetzes gilt entsprechend. Die tägliche Rückkehr zum Wohnort ist in der Regel nicht zuzumuten, wenn beim Benutzen regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel die Abwesenheit von der Wohnung mehr als zwölf Stunden oder die benötigte Zeit für das Zurückerlegen der Strecke zwischen Wohnung und Dienstsitz und zurück mehr als drei Stunden beträgt.

(2) Nach Ablauf dieser Frist wird als Trennungsgeld Trennungstagegeld wie folgt gewährt:

1. Berechtigte, die
a) mit ihren Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft leben oder
b) mit Verwandten bis zum vierten Grad, Verschwägerten bis zum zweiten Grad, Pflegekindern oder Pflegeeltern in häuslicher Gemeinschaft leben und ihnen aus gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung nicht nur vorübergehend Unterkunft und Unterhalt ganz oder überwiegend gewähren oder
c) mit einer Person in häuslicher Gemeinschaft leben, deren Hilfe sie aus beruflicher oder ärztlicher, im Zweifel nach amtsärztlichem Zeugnis aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehend bedürfen,

die Wohnung (§ 10 Abs. 3 des Hessischen Umzugskostengesetzes) beizubehalten und getrennten Haushalt führen, erhalten in
Reisekostentreff II 22,20 DM,
Reisekostentreff I 24,30 DM;

2. Berechtigte, die als Hauptmieter oder Eigentümer ihre Wohnung (§ 10 Abs. 3 des Hessischen Umzugskostengesetzes) beizubehalten, aber die sonstigen Voraussetzungen nach Nr. 1 nicht erfüllen, erhalten in
Reisekostentreff II 15,00 DM,
Reisekostentreff I 16,50 DM;

3. Berechtigte, die die Voraussetzungen nach den Nr. 1 und 2 nicht erfüllen, erhalten in
Reisekostentreff II 11,00 DM,
Reisekostentreff I 11,70 DM.

§ 12 des Hessischen Reisekostengesetzes gilt entsprechend.

§ 4

Sonderbestimmungen
beim auswärtigen Verbleiben

(1) Für volle Kalendertage eines Urlaubs sowie der Sonn- und Feiertage und allgemein dienstfreien Werktagen innerhalb eines Urlaubs wird für das Beibehalten einer entgeltlichen Unterkunft angestellt:
1. des Trennungsreisegeldes Ersatz der notwendigen Auslagen für die Unterkunft,
2. des Trennungstagegeldes ein Drittel des Trennungstagegeldes gewährt. Das gleiche gilt bei
1. Dienstbefreiung,
2. Aufenthalt in einem Krankenhaus,
3. Aufenthalt an Arbeitstagen am Wohnort,
4. Dienstreisen mit einer Dauer von mehr als zwölf Stunden mit Anspruch auf Tagsgeld,
5. Abwesenheit vom Dienstort wegen Erkrankung und
6. jeder Heimfahrt ohne Urlaub oder Dienstbefreiung, für die eine Reisebeihilfe nach den §§ 5 und 5 a gewährt wird, für einen Tag.

Satz 1 gilt entsprechend für die Beschäftigungsverbote nach Mutterschutzrecht und für eine Erkrankung, bei der mit der Aufnahme des Dienstes innerhalb von drei Monaten nicht zu rechnen ist, wenn die Unterkunft beibehalten werden muß. Sind Berechtigte in den Fällen des Satz 2 Nr. 5 auf Grund eines für die Dauer der Maßnahme abgeschlossenen Vertrages zur Weiterzahlung der Miete verpflichtet, werden die dadurch entstehenden notwendigen Auslagen für die Unterkunft erstattet, soweit sie ein Drittel des Trennungstagegeldes übersteigen. Die Frist nach § 3 Abs. 1 Satz 1 wird nicht unterbrochen.

(2) Wird der Dienstort in den Fällen des Abs. 1 Satz 3 verlassen oder muß er sonst wegen Erkrankung verlassen werden, werden die Fahrauslagen bis zu den Kosten für die Fahrt zum Wohnort und zurück wie bei einer Dienstreise erstattet. Nach Rückkehr steht Trennungsreisegeld nicht zu, wenn die Unterkunft wieder in Anspruch genommen werden kann, für das Trennungsgeld nach Abs. 1 bis zur Rückkehr gewährt wird.

(3) Ändert sich der Dienstort auf Grund einer Maßnahme nach § 1 Abs. 1 für einen Zeitraum bis zu drei Monaten, wird neben dem Trennungsgeld für den neuen Dienstort für die bisherige Unterkunft Trennungsgeld nach Abs. 1 gewährt. Bei tatsächlicher oder zumutbarer täglicher Rückkehr dorthin wird neben dem Trennungsgeld nach § 3 die Entschädigung nach § 6 gewährt. Nach Rückkehr an den bisherigen Dienstort steht Trennungsreisegeld nicht zu.
(4) Wird in den Fällen
1. einer neuen Maßnahme nach § 1 Abs. 1,
2. eines Umzugs mit Zusage der Umzugskostenvergütung,
3. des Verlassens des Dienstortes vor Ende des Dienstverhältnisses
kein Trennungsgeld für die bisherige Unterkunft mehr gewährt, werden notwendige Auslagen für diese Unterkunft längstens bis zu dem Zeitpunkt erstattet, zu dem das Mietverhältnis frühestens gelaufen sein kann.

(5) Im Falle einer neuen Maßnahme nach § 1 Abs. 1 wird Trennungsgeld weitergewährt, wenn der Berechtigte wegen Krankheit den Dienstort nicht verlassen kann.

(6) Auf das im Trennungsgeld enthaltene Tagegeld ist die für eine Dienstreise oder einen Dienstgang zustehende Reisekostenvergütung für Verpflegungsmehraufwand anzurechnen.

(7) Erhält der Ehegatte von Berechtigten Trennungsgeld nach den §§ 3, 4 oder eine entsprechende Entschädigung nach den Vorschriften eines anderen Dienstherrn, erhalten Berechtigte anstelle des Trennungsgeldes nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Trennungsgeld nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, wenn
a) sie am Dienstort des Ehegatten wohnen oder
b) der Ehegatte am Dienstort der Berechtigten beschäftigt ist.

(8) Berechtigte, denen erfahrungsgemäß geringere Aufwendungen für Verpflegung oder Unterkunft als allgemein entstehen, erhalten nach näherer Bestimmung der zuständigen Behörden entsprechend den notwendigen Mehrauflagen ein ermäßigtes Trennungsgeld.

§ 5

Reisebeihilfe für Heimfahrten

(1) Berechtigte nach § 3 erhalten eine Reisebeihilfe für jeden halben Monat, wenn sie die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a oder b erfüllen oder das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, im übrigen für jeden Monat. Anderen sich diese Voraussetzungen, beginnt der neue Anspruchszeitraum erst nach Ablauf des bisherigen, sofern dies für die Berechtigten günstiger ist. Der Anspruchszeitraum wird aus Anlaß einer neuen Maßnahme nach § 1 Abs. 1 durch Sonn- und Feiertage, allgemein dienstfreie Werktage und Tage der Dienstantrittsreise nicht unterbrochen. Eine Reisebeihilfe wird nur gewährt, wenn die Reise im maßgebenden Anspruchszeitraum beginnt.

(2) Verzichten Berechtigte bei Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 unwiderruflich auf die Zusage der Umzugskostenvergütung, und ist aus dienstlichen Gründen ein Umzug nicht erforderlich (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d des Hessischen Umzugskostengesetzes), gilt Abs. 1 mit der Maßgabe, daß Reisebeihilfe für längstens ein Jahr gewährt wird.

(3) Anstelle einer Reise von Berechtigten kann auch eine Reise des Ehegatten, eines Kindes oder einer Person nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b berücksichtigt werden.

(4) Als Reisebeihilfe werden die entstandenen notwendigen Fahrkosten bis zur Höhe der Kosten der für die Berechtigten billigsten Fahrkarte der allgemein niedrigsten Klasse ohne Zuschläge eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels vom Dienstort zum bisherigen Wohnort oder, wenn dieser im Ausland liegt, bis zum inländischen Grenzort und zurück erstattet, bei Mitnahme in einem Kraftfahrzeug begrenzt auf die Sätze nach § 6 Abs. 3 des Hessischen Reisekostengesetzes. Bei Benutzung zuschlagpflichtiger Züge werden auch die notwendigen Zuschläge wie bei Dienstreisen erstattet. In besonderen Fällen können Flugkosten erstattet werden.

§ 5a

Reisebeihilfe für Heimfahrten bei Verwaltungshilfe im Beitragsgebiet

(1) Bei einer Abordnung mit Anspruch auf Trennungsgeld nach § 3 in das Gebiet der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen oder in den Teil Berlin, in dem das Grundgesetz bis zum 3. Oktober 1990 nicht galt (Beitragsgebiet), steht für jede Kalenderwoche eine Reisebeihilfe für Heimfahrten zu. Der Anspruchszeitraum wird aus Anlaß einer neuen Abordnung, Außerung der Abordnung oder einer neuen Maßnahme nach § 1 Abs. 1 Nr. 8 und 9 durch Sonn- und Feiertage, allgemein dienstfreie Werktage und Tage der Dienstantrittsreise nicht unterbrochen. Eine Reisebeihilfe wird nur gewährt, wenn die Reise im Anspruchszeitraum beginnt.

(2) Eine Reisebeihilfe nach Abs. 1 kann auch für eine Reise des Ehegatten oder eines Kindes gewährt werden.

(3) Als Reisebeihilfe werden bei Benutzung zuschlagpflichtiger Züge auch die notwendigen Zuschläge wie bei Dienstreisen erstattet.

(4) Bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs wird eine Reisebeihilfe Wegstrecken- oder Mitnahmeeinschlägig in entsprechender Anwendung des § 6 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 des Hessischen Reisekostengesetzes gewährt.

§ 6

Trennungsgeld bei täglicher Rückkehr zum Wohnort

(1) Berechtigte, die täglich an den Wohnort zurückkehren oder denen die tägliche Rückkehr zuzurechnen ist (§ 3 Abs. 1 Satz 2), erhalten als Trennungsgeld
Fahrkostenersstattung, Wegstrecken- oder Mitnahmeeinschädigung wie bei Dienstreisen. Hierauf sind die Fahrauslagen anzurechnen, die für das Zurücklegen der Strecke zwischen Wohnung und der bisherigen, bei einer Kette von Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 der ersten Dienststätte entstanden wären, wenn die Entfernung mindestens 5 Kilometer beträgt. Dabei ist als Aufwand ein Betrag von 0,20 DM je Entfernungs-Meilen und Arbeitstag zugrunde zu legen. Von der Anrechnung ist ganz oder teilweise abzusehen, wenn Berechtigte nachweisen, daß sie bei Fahrten zwischen Wohnung und bisheriger Dienststätte üblicherweise keinen entsprechenden Aufwand hätten.

(2) Muß aus dienstlichen Gründen am Dienstort übernachtet werden, werden die dadurch entstandenen notwendigen Mehraufwendungen erstattet.

(3) Das Trennungsgeld nach Abs. 1 darf das in einem Kalendermonat zustehende Trennungsgeld nach den § 3 und 4 sowie das Tage- und Übernachtungsgeld für die Hin- und Rückreise (§ 16 Abs. 1 des Hessischen Reisekostengesetzes) nicht übersteigen; § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 ist nicht anzuwenden.

§ 7 Sonderfälle

(1) Anspruch auf Trennungsgeld besteht weiter, wenn sich aus Anlaß einer neuen Maßnahme nach § 1 Abs. 1 der neue Dienstort nicht ändert.

(2) Nach einem Umzug, für den Umzugskostenvergütung nicht zu gewähren ist, darf das Trennungsgeld nicht höher sein als das bisherige.

(3) Das Trennungsgeld kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn die Führung der Dienstgeschäfte verboten ist oder infolge einer vorläufigen Dienstenthebung oder einer gesetzmäßig angeordneten Freiheitsentziehung der Dienst nicht ausgeführt werden kann. Das gilt nicht, wenn Berechtigte auf Grund einer dienstlichen Weisung am Dienstort bleiben.

§ 8 Sondervorschriften für Berechtigte in Ausbildung

(1) Berechtigte in Ausbildung, die zur Fortsetzung der Ausbildung von der Stammdiensstelle zu einer auswärtigen Ausbildungsstelle überwiesen werden oder die an auswärtigen Ausbildungsveranstaltungen in Blockform teilnehmen, erhalten Trennungsgeld nach Maßgabe der folgenden Absätze. Bei Berechtigten nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, denen die Umzugskostenvergütung zugesteht ist, entfällt der Anspruch auf Trennungsgeld spätestens nach Ablauf von sieben Tagen nach Beendigung der Antrittsreise. Ausbildungsveranstaltungen in Blockform sind zusammenhängende Ausbildungslehrgänge, Seminare usw., die mindestens drei Tage dauern.

(2) Berechtigte in Ausbildung, die nicht täglich zum Ort der Stammdiensstelle, zum Ausbildungs- oder Wohnort zurückkehren, und denen die tägliche Rückkehr zu diesen Orten nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 Satz 2 nicht zuzuweisen ist, erhalten

1. für die ersten sieben Tage nach Beendigung der Antrittsreise fünfzig vom Hundert des Trennungsgeldes nach § 3 Abs. 1 Satz 1 für Berechtigte der Reisekostengruppe II

2. vom achten Tage an fünfzig vom Hundert des Trennungsgeldes nach § 3 Abs. 2 für Berechtigte der Reisekostengruppe II

Trennungsreise- und Trennungstagesgeld steht nicht zu für Tage, an denen des Amtes wegen unentgeltlich Verpflegung und Unterkunft bereitstehen. Im übrigen ist § 12 des Hessischen Reisekostengesetzes anzuwenden. Ist für Verpflegung und Unterkunft ein Kostenbeitrag von mindestens acht Deutsche Mark täglich zu entrichten, wird Trennungsreise- und Trennungstagesgeld in Höhe des Unteramts zwischen dem täglichen Kostenbeitrag und acht Deutsche Mark begrenzt auf das Trennungsgeld nach Satz 1 gewährt. Ist der Kostenbeitrag niedriger als acht Deutsche Mark täglich, steht kein Trennungsreise- und Trennungstagesgeld zu.

(3) Keinen Berechtigte in Ausbildung täglich zum Ort der Stammdiensstelle, dem Ausbildungs- oder Wohnort zurück oder ist ihnen die tägliche Rückkehr zu diesen Orten nach § 3 Abs. 1 Satz 2 zuzumuten, erhalten sie Ersatz der Fahrtkosten bis zu dem Preis der billigsten Fahrtkarte der niedrigsten Klasse eines regelmäßig verkehrenden Beförderungsmittels. Bei der Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs ist der Preis der billigsten Bundesbahnfahrtkarte für die mit dem eigenen PKW zurückgelegte Entfernung zugrunde zu legen; daneben wird nach Maßgabe des § 6 Abs. 3 des Hessischen Reisekostengesetzes Mitnahmeentschädigung gewährt. Bei der Mitnahme im Kraftfahrzeug einer Person ohne Anspruch auf Mitnahmeentschädigung nach dem Hessischen Reisekostengesetz werden Fahrtkosten bis zu den Sätzen nach § 6 Abs. 3 des Hessischen Reisekostengesetzes ersetzt. § 6 Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) Trennungsgeld steht nicht zu, wenn Berechtigte in Ausbildung am Ort der Ausbildungsstelle, zu der sie überwiesen sind, am Ort der Ausbildungsveranstaltung in Blockform oder in deren Einzugsgebiet (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c des Hessischen Umzugskostengesetzes) wohnen.

(5) Werden Berechtigte in Ausbildung auf ihren Wunsch einer entfernteren

(6) § 4 Abs. 2 ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß Fahrkosten höchstens für die Fahrten zwischen dem Ort der Überweisung und dem Ort der Stammdienststelle, bei der Überweisung zu einer Wahlstation im Ausland zwischen dem imländischen Grenzort und dem Ort der Stammdienststelle ersatzweise.

(7) Reisebeihilfe für Heimfahrten (§ 5) steht auch zu, wenn nach Abs. 2 Satz 2 und 5 Trennungsgeld-Trennungsgeld nicht gewährt werden. Reisebeihilfen für Heimfahrten von im Ausland gelegenen Wahlstationen werden nicht gewährt.

(8) Die oberste Dienstbehörde bestimmt, welche Ausbildungsstelle als Stammdienststelle gilt.

§ 9
Ende des Trennungsgeldanspruchs

(1) Das Trennungsgeld wird bis zum Tag des Wegfalls der maßgebenden Voraussetzungen gewährt.

(2) Trennungsgeld steht nur zu, solange Anspruch auf Besoldung besteht.

(3) Bei einem Umzug mit Zusage der Umzugskostenvergütung wird Trennungsgeld längstens gewährt bis vor dem Tag, für den Berechtigte für ihre Person Reisekosten erstattung nach § 7 Abs. 1 des Hessischen Umzugskostenegesetzes erhalten, im übrigen bis zum Tag des Ausladens des Umzugsgutes.

(4) In den Fällen des § 4 Abs. 4 Nr. 1 und 3 wird Trennungsgeld bis zu dem Tag gewährt, an dem der Dienstort verlassen wird, bei Gewährung von Reisekostenvergütung für diesen Tag bis zum vorausgehenden Tag.

§ 10
Verfahrensvorschriften


(2) Die Berechtigten haben nachzuweisen, daß die Voraussetzungen für die Trennungsgeldgewährung vorliegen, insbesondere haben sie das fortwährende Bewohnen einer Wohnung (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Umzugskostenegesetzes) zu belegen.

§ 11
Übergangsvorschriften


„§ 1 Abs. 4 Satz 1 und § 6 Abs. 4 der Hessischen Trennungsgeldverordnung finden keine Anwendung.“

(2) Ist der Anspruch auf Trennungsgeld nach dem bis zum Zeitpunkt der Verkündung dieser Verordnung geltenden Recht entstanden, gilt dieses Recht weiter, es sei denn, die Berechtigten beantragen, die Bewilligung nach bisherigem Recht aufzuheben. § 5 Abs. 1 Satz 2 gilt bei der Umstellung auf das neue Recht entsprechend.

§ 12
Änderung der Verordnung
über die Gewährung von Trennungsgeld an Beamte und Richter, die von Maßnahmen der Verwaltungsreform betroffen werden


a) § 2 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„§ 1 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 und § 6 Abs. 3 der Hessischen Trennungsgeldverordnung finden keine Anwendung.“

b) In § 3 wird der Verweisung „§ 2 Nr. 1“ durch die Verweisung „§ 2 Abs. 1“ ersetzt.

c) In § 5 wird der Klammerzusatz, (§ 2 Abs. 6 des Hessischen Umzugskostenegesetzes) durch den Klammerzusatz, (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c des Hessischen Umzugskostenegesetzes) ersetzt.

§ 13
Änderung der Verordnung über die Reisekostenvergütung
in besonderen Fällen

Die Verordnung über die Reisekostenvergütung in besonderen Fällen in der Fassung vom 14. Juni 1976 (GVBl. I S. 281) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden die Worte „und zehn vom Hundert des vollen Trennungsgeldes nach § 5 Abs. 1 bis 3 der Hessischen Trennungsgeldverordnung“ gestrichen.
b) In Satz 3 werden die Worte „§ 7 Abs. 8 Satz 4 und 5“ durch die Worte „§ 5 Abs. 3“ ersetzt.

2. § 3 wird gestrichen.

§ 14

Aufhebung des bisherigen Rechts


Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Eichel

Der Minister des Innern
und für Europaangelegenheiten
 Günther

§ 15

Verwaltungsvorschriften

Das Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

§ 15

Inkrafttreten


3) Hbl. mit GVBl. II 282-30
Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes
tzur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern*)

Vom 15. Dezember 1993


Artikel 1

In § 1 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern vom 18. August 1984 (GVBl. I S. 229) wird die Zahl „1 200“ durch die Zahl „1 400“ ersetzt.

Artikel 2


Wiesbaden, den 15. Dezember 1993

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst
Prof. Dr. Mayer

*) Ändert GVBl. II 70-177

Verordnung
über die Bildung des Fachbereichs Pflege und Gesundheit
an der Fachhochschule Frankfurt am Main*)

Vom 9. Dezember 1993


§ 1


§ 2


Wiesbaden, den 9. Dezember 1993

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst
Prof. Dr. Mayer

*) GVBl. II 70-178
Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes*]

Vom 18. Oktober 1993

dung mit § 1 der Verordnung zur Übertra-
gung der Ermächtigungen zum Erlaß und zur Aufhebung von Rechtsverordnungen nach dem Pflanzenschutzgesetz vom 7. Juli 1987 (GVBl. I S. 132) wird verord-
net:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Pflanzenschutzgesetzes vom 4. April 1990 (GVBl. I S. 102) wird wie folgt geän-
dert:

1. a) In § 1 Abs. 1 Satz 1 wird die Behördenbezeichnung „Hessi-
schen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwick-
lung – Pflanzenschutzdienst –“ ersetzt durch „Hessisches Landes-
amt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft – Pflanzenschutz-
dienst –“.

b) In § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 3 wird die Be-
hördenbezeichnung „Hessisches Landesamt für Ernährung, Land-
wirtschaft und Landentwicklung – Pflanzenschutzdienst, Frankfurt am Main –“ ersetzt durch „Hessi-
schen Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft – Pflanzenschutzdienst –“.

c) In § 2 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 8 Satz 2 wird die Behördenbezeichnung „Hessisches Landesamt für Ernäh-
rung, Landwirtschaft und Landentwicklung“ ersetzt durch „Hessi-
schen Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft“.

d) In § 2 wird in Abs. 1 und Abs. 5 Satz 3 die Behördenbezeichnung „Hessi-
sche Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwick-
lung“ ersetzt durch „Hessische Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft“.

e) In § 2 wird in Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a und Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 die Bezeich-
nung „Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung“ ersetzt durch „Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirt-
schaft“.

2. Nach dem Dritten Abschnitt wird fol-
gender neuer Vierter Abschnitt einge-
fügt:

Vierter Abschnitt

Pflanzenschutzgerätekontrolle

§ 5

Kontrollstellen

Die Prüfung von Pflanzenschutzge-
räten nach § 7 Abs. 2 und 3 der Pflanzens-
len durchgeführt.

§ 6

Anerkennung der Kontrollstellen

Gewerbliche Betriebe, die Prüfun-
gen von Pflanzenschutzgeräten durch-
führen wollen, werden auf Antrag vom Hessischen Landesamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft – Pflanzenschutzdienst als Kontroll-
stelle anerkannt, wenn

1. der Betrieb die Gewähr bietet, daß die Kontrollen genau und zuverlässi-
gig durchgeführt werden und er die „Kontrollordnung Pflanzenschutz-
geräte“ vom 16. Juli 1993 (StAnz. S. 2164) anerkennt,

2. der Betrieb in ausreichendem Um-
fang Personen einsetzt, die in der Kontrolle von Pflanzenschutzgerä-
ten besonders fachlich geeignet sind,

3. der Betrieb über die für die Kontroll-
arbeiten notwendige Ausrüstung verfügt und

4. der Betrieb einvernehmlich mit dem Hessischen Landesamt für Re-

gionalentwicklung und Landwirt-
schaft – Pflanzenschutzdienst – Kontrollbereitschaft sicherstellt.

Die näheren Voraussetzungen erge-
ben sich aus Anlage 1.

§ 7

Berechtigung der Kontrollstellen

Die anerkannten Kontrollstellen sind berechtigt,

1. Kontrollen gemäß dem Anerken-
nungsberechtigung durchzuführen,

2. Prüfplaketten nach dem Muster der Anlage 2 zu vergeben und

§ 8
Verpflichtung der Kontrollstellen
Die Kontrollstellen verpflichten sich,
1. den Beauftragten des Hessischen Landesamtes für Regionalentwicklung und Landwirtschaft – Pflanzenenschutzdiest – während der ortsüblichen Geschäftszeit Zugang zu den Kontrollpflichten und -aufgaben zu gestatten,
2. auf Verlangen den Kontrollablauf betreffende Auskünfte zu erteilen,
3. personelle Änderungen beim Kontrollpersonal dem Hessischen Lan-
desamt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft – Pflanzen-
schutzdienst – anzuzeigen und
4. die Durchführung von Kontrollen in einem anderen Land der dort zu-
ständigen Behörde vor Aufnahme der Kontrolltätigkeit anzuzeigen.

3. Der bisherige Vierte Abschnitt wird zum Fünften Abschnitt, die bisherigen §§ 5 bis 7 zu §§ 9 bis 11.

Artikel 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Oktober 1993

Der Minister für Landesentwicklung,
Wohnen, Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz
Jordan

Anlage 1
(zu § 6 Nr. 1 bis 3)

Voraussetzungen für die Anerkennung als Kontrollstelle

1. Kontrollpersonal
Die Kontrollstellen haben für die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten Personal einzusetzen, das eine abgeschlossene fachbezogene Berufsausbildung, z.B. als Landmaschinenmechaniker, und die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt sowie die erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten über die pflanzenschutztechnischen Anforderungen zur Funktion und Eignung der Pflanzenschutzgeräte nachgewiesen hat und über ein Mindestmaß an Erfahrungen verfügt.

2. Kontrollort

3. Kontrollausrüstungen
Zu den Ausrüstungen gemäß § 6 Nr. 3 gehören, sofern für die im Anerkennungsbe-
scheid aufgeführten Kontrollarbeiten notwendig:

a) eine Kontrolleinrichtung zur Messung der Querverteilung nach Richtlinie 1 – 3.1.1 des Teils VII der Richtlinien der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft für die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten (Herausgegeben von der Abteilung für Pflanzenschutzmittel und Anwendungsbericht der Biologischen Bundesanstalt Braunschweig, Dezember 1992),
b) Kontrolleinrichtungen zur Messung des Pumpenvolumenstroms und zur Überprüfung der Durchflußmessern nach Richtlinie 1 – 3.1.1 des Teils VII der Richtlinien der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft für die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten,
c) eine Manometerkontrolleinrichtung nach Richtlinie 1 – 3.1.1 des Teils VII der Richtlinien der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft für die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten,
d) wenigstens zwei Meßzylinder nach Richtlinie 1 – 3.1.1 des Teils VII der Richtlinien der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft für die Prüfung von Pflanzenschutzgeräten,
e) ein Drehzahlszgerät,
f) eine Stopuhr und
g) Hilfsmittel zur Überprüfung des Düsenabstandes und -einstellwinkels sowie ein Rechner.


Muster der Prüfplakette:


Material: selbstklebende Folie
Größe: 75 mm Durchmesser

Farben:
Jahr Farbe RAL-Nummer
1995 orange 2000
1996 blau 5015
1997 gelb 1012
1998 braun 8004
1999 rosa 3015
2000 grün 6018

Die Farben wiederholen sich für die nachfolgenden Jahre in dieser Reihenfolge. Die Schrift ist in jedem Fall schwarz.

Größe des Feldes für die Anschrift der Kontrollwerkstatt:
60 mm breit
25 mm hoch.

Die Anschrift der Kontrollstelle kann entweder direkt auf die Prüfplakette gedruckt werden oder ist mit einem separaten Aufkleber nachträglich im Anschriftenfeld anzubringen. Im letzteren Fall muß klare, selbstklebende Folie verwendet werden.

Die Größe beträgt ebenfalls 60 mm Breite und 25 mm Höhe. Die Schrift ist schwarz.
Anlage 3
(zu § 7 Nr. 3)

Anerkannte Kontrollstelle für Pflanzenschutzgeräte
Fünfte Verordnung

Vom 22. Dezember 1963


Artikel 1


2. § 1 Abs. 3 Satz 3 und 4 erhält folgende Fassung:


Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. Dezember 1993

Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

J. Jordan

*) GVBl. II
Anlage 2 zur 5. Änderungsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „TAUNUS“

Auszüge aus den Topographischen Karten im Maßstab 1 : 25 000 mit den Nummern: 5415, 5416, 5417, 5515, 5516, 5517 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungs-
genehmigung Nr. 93-1-007
Anlage 2 zur 5. Änderungsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „TAUNUS“

Auszüge aus den Topographischen Karten im Maßstab 1 : 25 000 mit den Nummern: 5415, 5416, 5417, 5515, 5516, 5517 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 93-1-007.
Anlage 2 zur 5. Änderungsverordnung zum Landschaftsschutzgebiet „DAÚNUS“

Auszüge aus den Topographischen Karten im Maßstab 1:25 000 mit den Nummern 5415, 5416, 5417, 5515, 5516, 5517 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungs-genehmigung Nr. 93-1-007
Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Austauschs der Ratifikationsurkunden
zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Thüringen
über die Ausbildung von Beamten und Beamten
für die Laufbahn des gehobenen Justizdienstes – Rechtspflegerlaufbahn –
an der Verwaltungsfachhochschule in Rotenburg an der Fulda*)

Vom 14. Dezember 1993

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Gesetzes
zum Staatsvertrag zwischen dem Land
Hessen und dem Land Thüringen über die
Ausbildung von Beamten und Beamten
für die Laufbahn des gehobenen
Justizdienstes – Rechtspflegerlaufbahn –
an der Verwaltungsfachhochschule in
Rotenburg an der Fulda vom 28. Oktober
1993 (GVbl. I S. 481) wird bekanntgegeben,
daß die Ratifikationsurkunden am


Die Hessische Ministerin der Justiz
Dr. Hohmann-Dennhardt

*) GVbl. II Anhang Staatsverträge
Absender: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG
61343 Bad Homburg v. d. Höhe

Herausgeber: Hansische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: Verlag Dr. Max Gehlen GmbH & Co. KG,
61343 Bad Homburg v. d. Höhe; Telefon: (0 61 72) 53 920,
Telefax: (0 61 72) 53 920.
Postanschrift: Darmstadt, 61343 Bad Homburg v. d. Höhe
Postanschrift: Praunheim, 61083 Darmstadt
E-Mail: info@gehlen.de

Besondere Bedingungen: Aufträge sind nur im Verlagskundenabonnement
bezogen. Abbestellungen sind bis 31. Dezember
jedem Monatseheftermel durch Schrift mit der Postadresse
zu melden. Abbestellungen werden nicht ausgeführt.

Verlagserlaubnis für die Ausgabe des gesamten Verkehrswesens
bezogen. Der Erlaubniseinspruch des Bundesministers
übernommen. Der Verlag verbleibt in der Hand des Verlags.

Verlagserlaubnis nach § 34 Abs. 1 des Vertragswirtschafts- und Verbraucherhaftungsgesetzes.

Einzelfachweise dieser Ausgabe können von Verlag zum Preis von
0,50 DM inklusive Versandkosten bezogen werden.